

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., answärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 247.

Dienstag, den 21. Oktober 1913.

20. Jahrg.

.. Nur noch zwei Tage liegen die Wählerlisten zur Bürgerschaftswahl aus. ..
.. .. Es wird also höchste Zeit, dieselben einzusehen.

Hierzu eine Beilage.

Ein neues Jena der zarischen Justiz.

Wiederaufröhlung des Prozesses der sozialdemokratischen Dumafraktion!

Die Tage des Ritualmordprozesses in Kiew scheinen sich in eine Schicksalsstunde der russischen Justiz verwandelt zu haben. Während zarische Richter und Ankläger in Kiew einen unschuldigen Menschen unter der Anklage eines mittelalterlichen Irrewahns auf den Seziertisch gelegt haben, verkündet der Regierende Senat in Petersburg in einem andern Prozesse die völlige Gesetzlosigkeit und Straflosigkeit des infamsten Loosspickeltums.

Zum ersten Male in der Geschichte der modernen russischen Justiz, die reich ist an Fälschungen und Rechtsbeugungen zugunsten der herrschenden Sippe, wagt es die höchste russische Rechtsinstanz, sich durch die Anerkennung des Loosspickeltums als staatliche Institution öffentlich vor aller Welt zu prostituieren. Wovor selbst ein Stolypin zur Zeit der Meswaffäre zurückgeschreckt ist, wird jetzt von höchster Gerichtsstelle die Sanktion des Staates verliehen.

Man fragt sich vergebens, was eigentlich das russische Justizministerium und seinen getreuen Diener, den Senat, zu einem so ungeheuerlichen Schritt veranlaßt hat. Ständen ihm doch genügend Mittel und Wege zur Verfügung, um wenigstens den äußeren Schein zu wahren, und die unbequeme Affäre der Frau Schornikowa, einer Agentin der politischen Polizei, wie so viele andere vertuschen zu lassen. Die einzige Erklärung, die es dafür gibt, ist die, daß die russische Regierung sich offenbar entschlossen hat, mit allen „Sentiments“ der quasi-europäischen Rechtspflege aufzuräumen, und die russische Justiz in ihrer wahren, abschreckenden Gestalt, als die Dirne des herrschenden Gewaltregiments, der Mitwelt vor Augen zu führen.

Die Vorgeschichte der neuesten Justizaffäre, deren Folgen zur Zeit noch gar nicht abzusehen sind, ist kurz folgende. In dem bekannten „Hochverratsprozeß“ gegen die sozialdemokratische Fraktion der 2. Duma figurierte neben den anderen Angeklagten eine Frau Katharina Schornikowa, die Sekretärin der Petersburger sozialdemokratischen Militärorganisation, der bekanntlich im Verein mit der Dumafraktion eine „Verschwörung zum gewalttätigen Umsturz der Staatsordnung, zur Entsetzung Seiner Majestät des Kaisers und zur Einführung der demokratischen Republik auf sozialistischer Grundlage“ zur Last gelegt wurde. Nach der Anklageschrift wird der Frau Schornikowa eine hervorragende Tätigkeit in der Militärorganisation zugeschrieben; ihre Rolle wird dahin gekennzeichnet, daß sie als Sekretärin der Organisation eine führende Stellung inne hatte, und daß sie es war, die sich mit einer Abordnung verkleideter Soldaten in die Wohnung der sozialdemokratischen Dumafraktion begab, um diesen jenen berüchtigten „Auftrag“ („Nafas“) zu überreichen, der die Grundlage der Hochverratsanklage gegen die sozialdemokratische Fraktion gebildet hat. In dem Prozeß selbst figurierte die Schornikowa nicht, da sie von den Polizeibehörden angeblich nicht auffindig gemacht werden konnte. Schon vor etwa einem Jahr wies Burzew, im Anschluß an die sensationellen Enthüllungen des früheren Loosspickels B. Brodsky, in seinem Blatte „L'Evenir“ auf die verdächtige Rolle der Schornikowa hin, deren Entlarvung manche Lücke in dem Prozeß der sozialdemokratischen Fraktion ausfüllen würde. Im Juni dieses Jahres erschien die Schornikowa in Petersburg und stellte sich den Gerichten. Sie wurde der Besonderen Abteilung des Senats, die die sozialdemokratische Dumafraktion abgeurteilt hatte, überantwortet und von dem Staatsanwalt Korhst verhört. Nach Abschluß der Voruntersuchung reichte der Staatsanwalt in dem ersten Departement des Senates ein Gutachten ein, in dem er ausführte, daß die Schornikowa als bezahlte Agentin der „Ohrana“ seit Ende 1906 in der sozialdemokratischen Militärorganisation tätig war und an der Abordnung in die sozialdemokratische Dumafraktion Anteil genommen hat. In der „Ohrana“ wurde der Schornikowa das Zeugnis ausgestellt, daß sie als Sekretärin der Militärorganisation der Geheim-

polizei „sehr nützlich“ gewesen, sie fortwährend über die Tätigkeit der Organisation auf dem Laufenden gehalten, und sie schließlich in den Stand gesetzt habe, die ganze Organisation zu „liquidieren“. In Anbetracht dieser Tatsachen kommt der Staatsanwalt zu dem Schluß, daß die Schornikowa „mit Wissen und Willen der politischen Polizei in die Militärorganisation eingetreten ist, freilich nicht zu verbrecherischen Zwecken, sondern zur Aufdeckung der Absichten und der Tätigkeit dieser verbrecherischen Gemeinschaft“. Der Staatsanwalt sucht die Rolle der Schornikowa — im Widerspruch zu dem wirklichen Sachverhalt — als „unbedeutend“ hinzustellen, er gibt aber doch zu, daß sie, um keinen Verdacht zu erwecken, mit Wissen und Willen der zuständigen Regierungsbehörden an der Tätigkeit der Militärorganisation aktiv teilgenommen hat. Da aber diese Tätigkeit zur Vernichtung der Organisation führen sollte, spricht der Staatsanwalt sich dahin aus, daß die gegen die Schornikowa erhobene Anklage, die in der Regel mit langjähriger Zuchthausstrafe bestraft wird, eingestellt und ohne Folgen belassen wird. Der Regierende Senat schloß sich diesem Gutachten des Staatsanwalts an und entließ die angeklagte Agentin aus der Haft.

Um die ganze Tragweite dieses Urteils zu erkennen, sei daran erinnert, daß Stolypin bei der Debatte über die Loosspickeltätigkeit Mesw die Regierung dadurch zu entlasten suchte, daß sie nur die Dienste von „geheimen Mitarbeitern“ annehme, die sich auf eine passive Rolle beschränken. Natürlich war das eine Lug und Trug. Denn die Regierung war über die aktive Teilnahme Mesw an zahlreichen terroristischen Akten genau unterrichtet. Es bedurfte aber noch der weiteren Zerschlagung und Selbstvernichtung des zarischen Regierungssystems, damit die höchste Gerichtsstanz im Reiche die verbrecherische Tätigkeit der polizeilichen Seelenverkäufer offiziell sanktionierte und für die Freisprechung aller großen und kleinen Mesw vor den ordentlichen Gerichten einen Präzedenzfall schuf.

Und noch ein wichtiges Ergebnis zeitigt diese neueste Entwicklung der russischen Justiz. Nach der offiziellen Feststellung der provokatorischen Grundlage des Hochverratsprozesses gegen die sozialdemokratische Dumafraktion fällt der letzte Einwand, der bisher allen Forderungen wegen Wiederaufnahme des Hochverratsprozesses entgegengehalten worden ist. Vergebens hatte der reumütige Loosspickel Brodsky das Justizministerium ersucht, sein öffentliches Geständnis dem Wiederaufnahmeverfahren gegen die unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Abgeordneten zu Grunde zu legen. Die Regierung zog es vor, sich in Schweigen zu hüllen, um nicht des Justizmordes überführt zu werden. Sie schwieg auch, als im vorigen Jahre eine Protestbewegung zugunsten des Wiederaufnahmeverfahrens in allen Kulturländern einsetzte. Sie schwieg, als sie im Inlande wie im Auslande des Komplotts gegen die sozialdemokratische Fraktion bezichtigt wurde, und sie versteckte sich hinter dem Rücken der willfährigen Majorität der 3. Duma, als die Fäuste der russischen Proletarier Recht heischend an den Pforten des Zarsischen Palais donnerten. Nun hat sie selbst den Bann des Schweigens gebrochen und durch den Mund ihrer höchsten Gerichtsstelle verkündet, daß die Anklage gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten — wie wir es schon längst wußten — ein aus Lug und Trug gesponnenes Fälscherstück gewesen ist, bestimmt, dem Attentat gegen die 2. Duma als Grundlage zu dienen, und den Staatsstreich vom 16. Juni 1907 zu rechtfertigen.

In den Kreisen der Dumaabgeordneten wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß die neueste Wendung dieser Affäre genügend Material liefert, um ein Wiederaufnahmeverfahren im Hochverratsprozeß zu erzwingen und in die dunkle Geburtsstunde des Staatsstreichs hineinzuleuchten. Es wird wohl harte Kämpfe innerhalb wie außerhalb des Parlaments kosten, ehe diese Forderung durchgesetzt wird. Aber je breiter die Grundlage wird, auf der dieser Kampf geführt wird, desto fester verknüpft sich der Kampf um die Befreiung und Rehabilitierung der unschuldig verurteilten Volksvertreter mit dem revolutionären Ansturm des Volkes gegen die fluchwürdige Justiz des Zartismus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Ruf nach Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiterklasse

erschallt in der nationalliberalen Partei immer energischer. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“, das Hauptorgan der ost- und westpreussischen Nationalliberalen, hat den Syndikus des Verbandes Ostdeutscher Industrieller, Herrn Dr. John, der Mitglied der nationalliberalen Partei ist, ersucht, in ihren Spalten seine Meinung über die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen zu sagen. Herr Dr. John schreibt, das frühere Verhalten der nationalliberalen Reichstagsfraktion in der ungemein wichtigen Frage des Schutzes der Arbeitswilligen habe in weiten Kreisen der deutschen Industrie Befremden erregt; nicht weniger auch bei vielen Angehörigen der Partei selber, die der Meinung seien, daß endlich etwas Durchgreifendes geschehen müsse. Der Herr Syndikus, der hier die Meinung seines Verbandes vertreten dürfte, spricht dann von dem „überschäumenden Machtgefühl“ der Gewerkschaften und von den zahlreich vom Zaune gebrochenen, als Machtprobe zur Demütigung der Unternehmer ins Werk gesetzten Streiks. Die Arbeitswilligen würden in einer Weise behandelt, die einem das Blut in die Wangen treibe und die Frage auf die Lippen dränge: „Leben wir denn noch in einem Rechtsstaate?“ Die mannigfachen Drangsalierungen der Arbeitswilligen bei Arbeiterausständen und Boykotts im einzelnen zu schildern, die ganze Skala von Unbilden durchzugehen, vom ehrenrührigen Schimpfwort an bis zum blutigen gemeingefährlichen Verbrechen würde zu weit führen. Man sollte meinen, daß das, was man im Punkte der Vergewaltigungen von Arbeitswilligen im Laufe der letzten Jahre erlebt habe, genügen müßte für jeden, der nicht vor lauter Dogmatismus und unfruchtbarer Theoretisieren den Blick für die Wichtigkeit und das Notwendige verloren habe. Nach einer Erörterung über das Streikpostenstehen schreibt Dr. John am Schluß:

„Ich hoffe zuversichtlich, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion auf Grund des inzwischen gewonnenen genaueren Einblickes in die tatsächliche Lage der Dinge den Maßstab der Arbeitswilligen und des von den Gewerkschaften terrorisierten Unternehmertums gegenüber entschlossen sein wird, energisch an solchen Maßnahmen positiv mitzuarbeiten, die, ohne das eigentliche Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten, doch dem Koalitionszwange und den damit verknüpften Uebelständen einen Riegel vorzuschieben bestimmt sind.“

Diesem Schrei nach einer neuen Zuchthausvorlage gibt das nationalliberale Blatt kommentarlos wieder.

Was wird mit dem Erbrecht des Staates?

Der am 20. November mit seinen Arbeiten beginnende Reichstag hat als Rest der Arbeiten aus voriger Session auch noch die Vorlage über das Erbrecht des Staates aufzuarbeiten. Hierzu bringt nun die „Tägl. Rundschau“ die sonderbare Mitteilung, daß die Regierung in der Budgetkommission die Erklärung abgegeben werde, die Verbündeten Regierungen legen auf die Verabschiedungen des Gesetzentwurfes keinen Wert mehr, da die Kommission den Kreis der Erbberechtigten weit über die Vorschläge des Reichshofamtes hinaus ausdehnen wolle. — Den Junkern wird die Nachricht sehr angenehm sein.

Einer politischen Korrespondenz zufolge sollen dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt außer dem Etat folgende neue Vorlagen unterbreitet werden: Regelung der Sonntagsruhe im Handeltreibergewerbe, der Entwurf über die Errichtung eines obersten Kolonialgerichtshofes, eine Novelle zur Einschränkung des Hausierhandels, ein Entwurf über die Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Reichsgericht, das deutsch-englische Handelsprovisorium, der Entwurf über die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens im Reichsbeamtenrecht, das Eisenbahnpflichtgesetz. Wahrscheinlich werden noch bis Weihnachten folgen das Luftrechtgesetz, die neue Wechselordnung und die Vorlage über die gesetzliche Regelung der Bezüge der Altpensionäre.

„Es ist mein Wille!“

Am 20. Oktober 1908 wurde dem preussischen Volke in den feierlichsten Formen ein Versprechen von allergrößter Bedeutung gegeben. In jenem denkwürdigen Tage verlas der König von Preußen eine Thronrede, in der er sagte:

„Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarfung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.“

Angeichts dieses feierlichen Versprechens zählen wir nun bereits zwei Gedenktage: den einen, da das Versprechen gegeben wurde; den anderen, da das Versprechen bereits fünf Jahre alt geworden und noch unerfüllt geblieben ist. Wie viele Gedenktage werden noch verstreichen, bis das Versprechen des preussischen Königs erfüllt wird? Wird die gegenwärtige Generation das noch erleben?

Diese beiden Fragen drängen sich heute jedem auf. Wir sind der Meinung, daß es nur am preussischen Volke selbst liegt, wenn heute noch keine durchgreifende Änderung des Dreiklassenwahlrechts erfolgt ist. Solange noch breite Massen der werktätigen Bevölkerung Preußens der offenen oder verkappten Reaktion direkt oder indirekt Gehorschaft leisten, solange wird auch ein freies Wahlrecht nicht zu denken sein.

Kaiser und Kronprinz.

Die Differenzen, die zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen entstanden sind, scheinen ziemlich tiefgehender Natur zu sein. Die Umstände, unter denen der Kronprinz nach Berlin gereist ist, sind direkt auffallend. Wie nämlich der „Berliner Lokalanzeiger“ erfahren hat, ist der kaiserliche Generaladjutant v. Sontard dem Kronprinzen bis über München hinaus entgegengeeilt und hat ihn bis nach Berlin begleitet. Das sieht beinahe so aus, als ob der Generaladjutant den Auftrag gehabt hätte, den Kronprinzen zu holen und nach Berlin zu eskortieren. Seine Frau unterbrach in München die Weiterreise, der Kronprinz traf früh in Berlin ein und wurde bald darauf vom Kaiser, der spät nachts aus Leipzig zurückgekehrt war, empfangen. Ein englisches Blatt meldet, daß es zwischen beiden zu stürmischen Ausbrüchen gekommen sei. Die „Germania“ faßt die Dinge in folgende Sätze zusammen:

„Die plötzliche Abreise des Kronprinzenpaares von Hofpreben, das „Entgegenreisen“ des kaiserlichen Generaladjutanten v. Sontard, die alleinige Weiterreise des Kronprinzen von München nach Berlin, der sofortige Empfang beim Kaiser in Potsdam, die Nicht-einladung des Kronprinzen zur kaiserlichen Frühstückstafel, das alles sind Dinge, die im Zusammenhange auf besondere Vorworte schließen lassen, über welche die Öffentlichkeit noch nicht aufgeklärt ist, wenn sie überhaupt jemals volle Aufklärung darüber erhalten wird.“

Der Kronprinzen-Brief.

Wilhelm II. ist am Sonntag mit seinem ältesten Sohn in Berlin zusammengetroffen, der eigens von seinem Jagdort Hofpreben hergezogen worden war. Als den Niederlag der Unterhaltung, die sehr lebhaft gewesen sein soll, darf man wohl folgende amtliche Meldung der „Nordd. Allg. Zeitung“ auffassen:

„Auf das von uns erwähnte Schreiben des Reichskanzlers an Seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen in Sachen der Braunschweigischen Thronfolge hat, wie wir erfahren, der Kronprinz in einem Briefe aus Hofpreben vom 17. d. M. sein lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen, daß sein Privatbrief an den Reichskanzler öffentlich erwähnt worden ist. Völlig falsch sei die Auslegung eines Teils der Presse, als stelle er sich in Opposition zum Kaiser. In der Sache selbst hat der Kronprinz dem Reichskanzler erwidert, daß dessen Schreiben für ihn zur Klärung der Angelegenheit wesentlich beigetragen habe.“

Diese Fassung ist eigentlich doch recht unklar. Daß der Brief, in dem er sich gegen die Thronbesteigung seines Schwagers ausspricht, solange nicht ein Verzicht auf Hannover vorliegt, echt ist, steht sonach fest. Daß der Kronprinz die in dem Brief zum Ausdruck gebrachte Auffassung als irrtümlich erkennt und ansgesprochen habe, das ist aus der oben wiedergegebenen amtlichen Note nicht zu ersehen. Für die üble Situation, in die der Kronprinz gekommen ist, mag er sich bei seinen alldeutschen-antidemokratischen Einbläsern bedanken, die es jetzt oben-dreien vorziehen, sich zu drücken. So schreibt die „Tägl. Rundschau“:

„Einfach lächerlich ist ferner der Versuch der liberalen Presse, für die Veröffentlichung des Kronprinzenbriefes die Alldeutschen verantwortlich zu machen, da die Alldeutschen von dem Briefe genau so wie andere Leute erst aus der Zeitung erfuhr und nicht das Geringste getan haben oder tun konnten, den Brief an die Öffentlichkeit zu bringen oder seine Veröffentlichung zu verhindern. Der Einspruch gegen die Thronbesteigung des Prinzen Ernst August ohne ausreichende Garantie für das Unterbleiben weiterer weißer Agitation ist keine besondere alldeutsche, sondern eine ganz allgemeine nationale Forderung, der sich alle Parteien mit Ausnahme des Zentrums angeschlossen haben.“

Nationalliberale und Welfenfrage.

Die mit so großem Getöse angekündigte Stellungnahme der nationalliberalen Fraktion des preussischen Landtages zu der Welfenfrage hat am Sonntag stattgefunden. Als die Reichstagsfraktion in Wiesbaden versammelt war, sprach man von einer Interpellation. Die Landtagsfraktion hat nun aber den Gedanken an eine Interpellation ausgesetzt, sie hat in ihrer Zusammenkunft nur beklagt und bedauert, daß man vorgezogen hat, ohne mit der Volkserrettung Zählung genommen zu haben u. d. weiter ausgesprochen:

„Wenn nicht jetzt ausreichende Garantien dafür geschaffen werden, daß das Haus Braunschweig-Lüneburg jeden Zusammenhang mit dieser Agitation in unzweideutiger Weise löst, so trifft die Verantwortung für die sich hieraus ergebenden Folgen ausschließlich die königliche Staatsregierung.“

Bis die Parlamente zusammentreten, werden die Nationalliberalen sowohl im Reichstage als auch im preussischen Landtag sich mit der neuen Gestaltung der Dinge längst abgefunden haben. Man kann es verstehen, daß die Nationalliberalen wegen dieses neuerlichen Umfalles von der alldeutschen Presse entsprechend verhöhnt werden. So überschreibt die „Post“ einen Leitartikel: „Die Nationalliberalen auf dem Rückzuge“ und zwar sagt das Blatt einleitend:

„Kürzlich, so erzählt man sich, wurde ein Staatssekretär des Deutschen Reiches gelegentlich eines Gesprächs über die Welfenfrage auf die bedenkliche Lage hingewiesen, in welche die Regierung gelangen würde, wenn sie in den Parlamenten der nahezu geschlossenen Front der Parteien Rechenschaft ablegen müßte; besonders gefährlich müsse in diesem Zusammenhange das Vorgehen der Nationalliberalen erscheinen, welche in der Form einer Interpellation dem verantwortlichen Staatsmann scharf ins Gewissen reden würden. Der Staatssekretär soll darauf lächelnd erwidert haben, woher man denn wisse, daß die Nationalliberalen auch durchhalten würden.“

Mit tiefer Betrübnis muß die „Post“ konstatieren, daß die Mahnungen, welche noch kurz vor Zusammentritt der Fraktionsitzung die Nationalliberalen an die gesamte Partei gerichtet haben, ohne jede Wirkung geblieben sind. Nebrigens hätte die „Post“ ja immerhin die Möglichkeit, eine Interpellation herbeizuführen, sie brauchte sich nur an die ihr nächstehenden Freikonserverativen zu wenden. Freiherr v. Zedlitz scheint aber in dieser Suppe ein Haar gefunden zu haben und deshalb wollte man den Nationalliberalen die Möglichkeit bieten, sich zu blamieren.

Kriegstechnik.

In der „Frankfurter Umschau“ berichtet Hauptmann Dejele, daß Ingenieur Schaumann eine neue Panzerplatte konstruiert hat. Die „Schaumannsche Kompositionspanzerplatte“ ist eine Nickelstahlpfanzplatte mit einer dahinter gelegten unelastischen Leichtmetallplatte, durch zahlreiche Schraubenbolzen zu einer Platte vereinigt. Daburh besitzt nach den Angaben des Hauptmanns Dejele die Kompositionspanzerplatte eine Widerstandsfähigkeit, wie sie bei einer gleich schweren Stahlpfanzplatte auch nicht annähernd vorhanden ist. Bei der neuen Panzerplatte trifft das Geschöß auf den zwar harten, aber immerhin noch elastischen Stahl und tritt dort ein, trifft dann auf die harte, aber unelastischere Leichtmetallplatte, die verhindert, daß der Stahl seine Elastizitätsgrenze überschreitet. Die Kompositionspanzerplatte ist erheblich leichter als eine reine Stahlplatte von gleichem Widerstand. Auch sollen die Herstellungskosten viel niedriger sein, als bei den heutigen Stahlpfanzplatten.

Krupp wird sich wohl der neuen Erfindung annehmen. Und wenn er die neue Panzerplatte zur Einführung gebracht haben wird, wird er wieder Kanonen bringen, die dem neuen Panzer gewachsen sind. Das ist ein gutes Geschäft, bei dem Mädel der Geprellte ist.

Eine unverstämte agrarische Forderung.

Wie es in ostpreussischen agrarischen Zeitungen heißt, wären noch ungefähr zwei Drittel der Kartoffel- und Rübenerte draußen auf dem Felde. Bei dem in diesem Jahre ganz besonders fühlbaren Arbeitermangel befürchteten die Landwirte, daß der Rest der Ernte nicht mehr geerntet werden könnte. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer habe daher den Regierungspräsidenten gebeten, eine Verlängerung der Herbstferien eintreten zu lassen, damit die Schulkinder zu diesen Erntearbeiten mitverwendet werden könnten.

Das ist ein ganz unerhörtes Verlangen. Im Sommer haben polnische Soldaten im Dienste der Agrarier gestanden, und jetzt sollen Schulkinder (die Kinder der Landarbeiter natürlich) die Kartoffel- und Rübenerte bergen, weil die Junker die Landarbeiter nicht so bezahlen und behandeln, daß sie auf dem Lande bleiben. Die skandalöse Kinderausbeutung, die in dieser Jahreszeit von morgens bis abends auf den Kartoffel- und Rübenfeldern schuftet zu lassen, nennt man dann auch noch „Ferien“.

Meloch frist weiter.

Die Heeresverwaltung hat, wie die „Berliner Volkszeitung“ erzählt, auch für den Reichshaushaltsetat des nächsten Jahres außergewöhnlich hohe Forderungen angemeldet. Dem Reichshauschakt fällt es insofern schwer, den neuen Reichshaushaltsetat ins Gleichgewicht zu bringen. Erhebliche Streichungen an den Militärforderungen würden rasch zu diesem Ziel führen, aber einzuweisen will die Heeresverwaltung von solchen Streichungen nichts wissen. Der neue Kriegsminister bezieht sich offenbar, den Wünschen des Wehrvereines Rechnung zu tragen.

Gehaltsforderungen der Unterbeamten.

Der Verband der Unterbeamten hat an das preussische Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die gegenwärtigen Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten in keinem Verhältnis stehen zu den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. An der Spitze der Wünsche, die geäußert werden, steht der, das Mindestgehalt auf 1400 Mark zu bemessen und die Zulagen in rascher Folge zu geben, damit das Endgehalt, dessen Erhöhung ebenfalls verlangt wird, rascher erreicht werden kann. Die anderen Wünsche beziehen sich auf die Mietentföndigung, Erweiterung der Sonntagsruhe und ankündbare Anstellung der Unterbeamten aller Verwaltungen nach Ablauf einer angemessenen Probezeit.

Die Landtagswahlbewegung in Baden

ip zu Ende. Am heutigen Dienstag fällt die Entscheidung. In den 73 Wahlbezirken sind insgesamt 229 Kandidaten aufgestellt. Die sozialdemokratische Partei hat in allen 73 Bezirken Kandidaten aufgestellt. Die Ratio-

nalliberalen haben 56, das Zentrum 52, die Fortschrittler 29, die Konservativen, Bund der Landwirte, Reichspartei und wie sonst noch die im Schlepptau des Zentrums fahrenden Politiküsse sich nennen, haben 21 Kandidaten nominiert. In 44 Bezirken unterstützen die Fortschrittler die Nationalliberalen im ersten Wahlgang, diese geben als Gegenleistung den Fortschrittlern im ersten Wahlgang ihre Stimmen. Die konservativen Kandidaten bekommen im ersten Wahlgang überall Zentrumshilfe, ohne die sie ja nirgends auf eine nennenswerte Stimmenzahl geschweige denn auf den Sieg eines ihrer Kandidaten rechnen könnten. Das Zentrum unterstützt auch einige Nationalliberale, so z. B. in Rastatt, wo die nationalliberale Parteidisziplin schmächtig in die Brüche ging, ohne daß die Parteilisten den Mut fände, den Außenstehenden den Stuhl vor die Tür zu stellen. Auch in Lahr-Stadt werden die Zentrümler im ersten Wahlgang für den nationalliberalen Kandidaten stimmen. Das soll in Rastatt den Demokraten, in Lahr den Sozialdemokraten zu Falle bringen. Im Bezirk Ettlingen-Pforzheim unterstützt das Zentrum einen Konservativen, der sich schon im Jahre 1909 eine nationalliberale Kandidatur für 1913 hatte versprechen lassen und der noch im Juni d. Js. sich zur Annahme einer nationalliberalen Kandidatur bereit erklärt hatte, wobei er aber verschwiegen, daß er schon seit 1909 eingeschriebenes Mitglied der konservativen Partei ist. Solche Leute sind dem Zentrum gerade noch gut genug. Die politische Charakterlosigkeit feiert Orgien in diesem Wahlkampf. Dazu passen auch die Denunziantenstücke, die sich die Schwarzblauen leisten. So hat man einen Karlsruher Lehrer angeschwärzt, weil er eine reichsparteiliche Wahlversammlung vor deren Schluß verließ. Man unterstellte ihn in der konservativen Presse, daß er vor Schluß der Versammlung weggegangen sei, um nicht an dem üblichen Hoch auf den Großherzog teilnehmen zu müssen. Die Zentrumspresse denunzierte den Genossen Leppert. Er soll in einer Wahlversammlung durch verschiedene Äußerungen wie: „Der Großherzog soll sich um eine rentablere Stellung umsehen“ den Großherzog von Baden beleidigt haben. Leppert bestreitet entschieden, die ihm unterstellten Äußerungen getan zu haben. Die schwarzblaue Presse bleibt aber bei ihrer Behauptung und schreit nach dem Staatsanwalt. Bis jetzt hat sie damit erreicht, daß gegen Leppert eine Untersuchung eingeleitet ist. Auf ein tieferes Niveau kann man einen Wahlkampf kaum noch hinunterdrücken. Hoffentlich erhalten die Schwarzblauen am heutigen Dienstag einen gehörigen Dentsettel!

Erhöhung der Zivilliste im Großherzogtum Hessen.

In Verbindung mit dem Beamtenbesoldungsgesetz stellte die hessische Regierung im vorigen Jahre das Ersuchen an den Landtag, die Zivilliste des Großherzogs, die insgesamt 1.250.000 Mark betrug, um 75.000 Mark zu erhöhen. Die angeforderte Summe sollte zur Gehaltsausbesserung für die Hofbediensteten Verwendung finden. Der Betrag wurde bewilligt, das eigentliche Beamtenbesoldungsgesetz aber durch ein Provisorium erledigt, das den Beamten einstweilen nur $\frac{9}{10}$ der im Entwurf geforderten Zulagen gewährt. Am Mittwoch ging dem Landtag nun eine weitere Vorlage zu, in der verlangt wird, die Zivilliste statt um 75.000 Mark, nunmehr um 1.250.000 Mark zu erhöhen. Begründet wird die erhöhte Forderung mit dem Hinweis, die erste Summe habe sich nicht als ausreichend erwiesen und die Zivilliste sei sehr stark in Anspruch genommen. Rechtzeitig zur Jahreshundertfeier wird durch die Anträge auf Zivillistenerhöhung in Bayern und Hessen dem dankbaren Volke die teure Häuslichkeit in gute Erinnerung gebracht.

Zwei Erjagwahlen zum württembergischen Landtage

finden in dieser Woche statt. Am Mittwoch, dem 22. Oktober, haben die Wähler des Oberamtes Gerabronn einen Erjagmann zu wählen für den verstorbenen volksparteilichen Vertreter. Dieser Wahl kommt deshalb eine größere Bedeutung zu, weil es sich hier entscheidet, ob die Lücke, die bei der Redten durch die Zentrumsniederlage in Kottweil entstanden ist, nicht wieder durch einen Sieg des Bundes der Landwirte ausgeglichen wird. Bei den vorjährigen allgemeinen Wahlen erhielt im ersten Wahlgange die Sozialdemokratie 460, die Volkspartei 2048, der konservative Bündler 1626 Stimmen. Die Volkspartei mußte ihren Besitzstand im zweiten Wahlgang verteidigen, in dem sie dann mit 3014 gegen 2071 Stimmen des Bundes Sieger blieb. In der Sorge um den Ausgang des neuen Kampfes hat sich die Volkspartei in der Person des Landwirts Herrman einen Kandidaten erkoren, der von Leuten, die ihn seit Jahren kennen, als ein verkappter Bündler bezeichet wird. Für uns ist das nichts Ueberraschendes, denn in der volksparteilichen Landtagsfraktion finden sich mehrere, die der schwäbischen Fikale Herdebrands alle Ehre machen würden. Der Bund der Landwirte hat einen seiner Bezirksagitatoren, Klein, aufgestellt. Für unsere Partei kandidiert wieder Genosse Karl Zey-Stuttgart.

Die Erjagwahl für den Genossen Hildenbrand im Bezirk Stuttgart-Amt findet am Sonnabend, dem 25. Oktober, statt. Im vorigen Jahre eroberte die Sozialdemokratie das Mandat mit 6715 gegen 2460 nationalliberal-volksparteiliche und 169 bündlerische Stimmen. Trotz dem gewaltigen Stimmenübergewicht unserer Partei bilden sich die Nationalliberalen ein, den Bezirk erobern zu können. Als Kandidaten hatten sie zuerst einen Major a. D. Schäfer erwählt, der auch im Vorjahre der Ehre des Durchfalles teilhaftig wurde. Auf Betreiben der verbündeten Volkspartei ließen sie diesen Herrn aber wieder zurücktreten und schoben einen gerissenen Agitator im Lalar, den Stadtpfarrer Lamparter, vor, der der Partei der Kommerzienräte die unaufgeklärten und besonders die von ihm am Gängelbande geleiteten „evangelisch“ organisierten Arbeiter zuführen soll. Trotzdem der Herr das Blaue vom Himmel herunter verspricht und sich alle Mühe gibt, durch Ausschächtung der württembergischen Parteidifferenzen in Trüben zu fischen, stehen seine Chancen herzlich schlecht. Da die Konservativen wie das Zentrum zugunsten der Nationalliberalen auf einen eigenen Kandidaten verzichteten, muß die Entscheidung im ersten Wahlgange fallen. Unser Kandidat ist der „Tagwacht“-Redakteur Gen. A. Pflüger,

Balkan.

Serbien lenkt ein. Der Generalsekretär des serbischen Auswärtigen Amtes Stefanowitsch erklärte dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger v. Stork, daß der Befehl zur Räumung der von den serbischen Truppen besetzten Gebiete Albaniens Sonntag beschloffen und Montag früh hinausgegeben worden sei. Die Räumung werde innerhalb der festgesetzten Frist von acht Tagen durchgeführt sein.

Montag nachmittag erschien der serbische Gesandte im Auswärtigen Amt in Wien und gab eine Erklärung ab, daß seine Regierung die Zirkularnote an die Mächte, in der sie die Notwendigkeit der Besetzung strategischer Punkte in Albanien begründet, vorbehaltlos zurückziehe.

Mit diesem Einsinken Serbiens dürfte der Konflikt als erledigt anzusehen sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 21. Oktober.

Glossen eines Arbeitslosen. So, nun bin ich draußen. Arbeitslos! Bin frei! Wenn an prächtigen Sommertagen die Sonne durch die düsteren Fensterhebeln in den Arbeitsaal lachte, dann sehnte ich mich hinaus in die Natur und in die Ferne. Aber ich war gebannt an meine Arbeitsstelle. Ich bin jetzt frei und — ja, es ist eine wundervolle Sache: die Freiheit des Arbeiters.

Ich habe doch immerhin Glück gehabt, fast ganze zehn Jahre lang habe ich ohne Unterbrechung gearbeitet auf einer Stelle. Zehn Jahre lang! Und die Früchte meiner zehnjährigen Arbeit? Nun freilich, ich habe nichts und bin so arm wie zuvor. Nein; noch ärmer! Ich habe zehn Jahre meines Lebens verloren und manche Hoffnung begraben.

Es ist ein grausames Schicksal: wir bleiben arm, weil wir arbeiten. Und wir müssen arbeiten, weil wir arm sind.

Unsere theologischen Schwäger können sich nicht genug darin tun, den lieben Gott zu loben, wie zweckmäßig er alles auf Erden eingerichtet habe. Das Gras ist grün, daß Wasser nah, der Himmel hoch (weil sonst die Vögel mit ihren Flügelzeugen nicht genügend Bewegungsfreiheit hätten), die Fische leben nicht auf dem Trockenen und die Vögel nicht auf dem Wasser, kurz, der liebe Gott hat alles just so eingerichtet, wie es sein muß.

Aber welchen Sinn hat nun das Faktum, daß für eine große Zahl Menschen, die als armer Leute Kinder zur Welt kommen und folglich wieder Arbeiter werden müssen, keine Arbeit vorhanden ist? Der „liebe Gott“, meine ich, hat uns doch die Hände zum Arbeiten gegeben.

Ein mächtiger Fürst soll einmals also gesprochen haben: Schwerste Strafe denen, die andere an freiwilliger Arbeit hindern.

Ich möchte gerne arbeiten und ich muß arbeiten, sonst muß ich und meine Familie verhungern. Vom frühen Morgen bis zum Abend laufe ich herum und suche Arbeit. Ich würde Steine laden, Säcke tragen, Straßen fegen, kurz, eine jede Arbeit wäre mir recht. Aber man läßt mich nicht arbeiten. Wenn jener Fürst wirklich sein Wort wahr machen wollte — er müßte die ganze bürgerliche Gesellschaft einsperren!

Jeden Tag früh, wenn ich mit einem trockenen Stück Brot in der Tasche auf die Suche nach Arbeit gehe, ruft mir mein Weib nach: „Geh in Gottes Namen!“ Die Ahnungslose! Wahrscheinlich glaubte sie, daß ich eher Arbeit finde, wenn sie mich unter Gottes Protektion stellt. Sie weiß nicht, daß es nicht einmal nützen würde, wenn man sich dem Teufel verschriebe.

Wie erniedrigend das Gefühl ist, um Arbeit bitten zu müssen. Sie gehört doch zum menschlichen Leben wie Luft, Licht und Wasser. Und wir müssen sie uns erbetteln; tagelang jagen vom Arbeitsmarkt nach den offenen Stellen, die meist schon besetzt sind. Oder von den Ausgabestellen der Tagesblätter nach allen Windrichtungen. Nach allen Hoffnungen auf Arbeit und Verdienst dann hören zu müssen: Leider besetzt, oder: Schon erledigt. Die alten Griechen hätten ihren Tantalus in der Unterwelt ebenso gut können als modernen Arbeitslosen hüben lassen. Seine Qualen wären keineswegs geringer.

Eine Gefahr bestünde für ihn freilich: er könnte bald verhungern.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Septbr. 1913. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 31. August 1913 113 377 Einwohner. Im Septbr. kamen 103 durch Geburtenüberschuß hinzu, und 104 durch Wanderung in Abgang, sodaß unsere Einwohnerzahl sich um 1 verminderte und am 30. September 1913 113 376 (99 799) betrug. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr); es betrug die Zahl der

	Summe	auf 1000 Einwohner
Geschließungen	50 (63)	5,37 (6,88)
Geburten	213 (209)	22,85 (22,82)
Sterbefälle	110 (138)	11,80 (15,04)

Die Geburten nahmen also gegen das Vorjahr um 4 zu, die Geschließungen dagegen um 13 und die Sterbefälle um 28 ab. Die natürliche Bevölkerungszunahme belief sich danach auf 103 (71) Köpfe. Unter den Geborenen waren 27 oder 12,63 (27 oder 12,92 Prozent) unehelich und 4 oder 1,88 Prozent (4 oder 1,90 Prozent) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 31 (34) Fällen auf unter 1 Jahr und in 20 (23) Fällen auf über 70 Jahre. Todesursachen waren in 11 Fällen Magen- und Darmkatarrh, Atrophie der Kinder und in je 10 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane und Krebs. An Steckenden Krankheiten erlagen 6 Personen, davon starben 4 an Diphtherie, und je 1 an Scharlach und Masern. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 67 gemeldet, 3mal Scharlach, 2mal Diphtherie, 5mal Masern, 3mal Typhus und 1mal Granulose. Gewalttamen Todesfällen starben 9 Personen und zwar 2 durch Selbstmord, 1 durch Kindesmord und 6 durch Verunglückung. Die Wanderungsbewegung endete mit dem Verlust von 104 Personen, 2277 Zugzügen standen 2381 Abzüge gegenüber.

Kostfeier. Man schreibt uns: Die Jubelglocken haben ausgeklungen, verstummt ist der Festredner Mund. Hineingeredet in künstliche Begeisterung hat sich alles, was irgendwie an einer Vereinsfeier thront oder ein Recht zu besitzen glaubt, ins Weltengerie hinein, dem andern zuvorzuführen: Rechtsanwalt, Kammergerichtsrat, Hauptmann oder gar General ergab sich geschichtlichen Studium, — nur überblickte man gestirnlich die „Heldentaten“ der deutschen Fürsten von 1813 — warf alles Nichtdeutsche über den Haufen und deckte eine Siegesfanfare zurecht, die die Welt auf ewige Zeit erfüllen soll. Endlich liegt das rethorische Meisterstück gedruckt vor. Die Heke ist verräuchert, das Festessen verdaut, ein festig Erwachen nach schwerem Schlaf läßt alles noch ein-

mal ruhig überdenken. Der erste Griff gilt der Zeitung. Wie, wenn der Lapsus, in der Hitze des Gefechts herausgeprubelt, gedruckt vor aller Welt offen läge! Gestern ist er noch keinem aufgefallen, im Gegenteil, der Jubel über die schwingvolle Rede wollte kein Ende nehmen. Wer sollte auch die Werke ohne Zahl über die hehre Zeit kennen, na, und wer hat überhaupt Geschichte gelesen! Oder sollte gar der verdammte Zeitungsmensch den Blödsinn festgehalten haben? Gott sei Dank nicht, die Schmierer sind immer bescheiden, oder geben sich so oder verstehen es nicht besser. Ehe die große Rede im Schubsack verschlossen wird, als Zeichen genossenen Ruhms, vergleicht der Bekatschte die eigene Rhetorik mit der des andern.

Und siehe da, er freut sich über die Gedankenharmonien des Handedens und Streiters fürs Christentum:

Allmächtiger Gott, Regierer aller Welten! Zur Feier eines großen, unvergeßlichen Sieges sind wir heute in deinem Heiligtum versammelt. Wir blicken zurück auf das verflozene Jahrhundert und empore dir mit tiefbewegtem Geiste und Danke. Wir danken dir, Herr! Du hast die Schmach, die unser Volk einst trug, geendet. Du hast die Fesseln des Unterdrückers zerbrochen. Ein neues, freies, einheitsreiches Volk steht vor dir. Wir bitten dich: Mache uns wert derer, deren blutige Schatten heute vor uns aufsteigen. Gib uns Kraft, zu tragen, was sie uns aufgelegt, zu halten, was sie uns erworben, zu vollenden, was sie begonnen. Mache uns bereit, den Kampf für die heiligsten Güter zu führen, wenn es not tut mit denselben starken Glauben, demselben unerschütterlichen Herzen, demselben Opferinn, wie einst unsere Väter. Amen.

Feinde fallen ringsum. Sie werden zerschmettert von der Kanzel herab im Munde des Hauptpastors von St. Marten, wie in demjenigen des Schwadroniers vom Festenabend. Sie bleiben liegen wie die Zinnsoldaten, die seit Wochen zur Begeisterung der Jugend die Schaufenster der Spielwarenläden zieren. Stramm auf einem Bein wie die Zinnsoldaten, oder wie die Opfer des hannoverschen Soldatenschinders, der vorige Woche vor dem Kriegsgericht stand, weil dieser Held im letzten Winter drei Rekruten am heißen Ofen in der Kniebeuge stehen, etwa hundertmal „Griffe kloppen“, ungefähr zehnmal an- und ausziehen ließ, bis sie schließlich naß geschwitzig und völlig erschöpft waren. So schreitet das dem Regierer aller Welten unterstehende Volk in Freiheit und Erziehung fort, bis sich wieder einmal die Stunde der Erfüllung naht wie in der Schlacht bei Leipzig, wo nach der Sage die acht deutschen Kaiser aus den Grüften des Speiter Domes sich erhoben hätten und nächstens über den Rhein gefahren wären, um bei Leipzig mitzukämpfen; nach vollbrachter Arbeit ruhten sie wieder stille im Grabe.

Ein Glück, daß wir Republikaner den Blick gen Preußen wenden können, und so teilhaben an der Kraft der Gesalbten im Dom zu Speier. Denn eine weitere Sage geht, daß bei dieser Feier der Herr der Heercharren zur Abwechslung dem alten Napoleon die Erlaubnis gegeben habe, dem mächtigen braunen Marmorarkophag zu entsteigen und rings in Deutschland Umschau zu halten. Doch unterwegs kam ihm ein „Lübecker General-Anzeiger“ zu Gesichte, in dem die „neue“ Antistracht des Senates beschriebene war, die gerade auf seinen Befehl damals abgeschafft wurde. Und als er las: Wie ein Bild aus früheren Jahrhunderten mutete es an, als die Senatsmitglieder und die Senatssekretäre in dem Katsgestühl in ihrer Antistracht Platz genommen hätten, da kehrte Napoleon auf dem schnellsten Wege zum „Hotel des Invalides“ zurück. — So erzählt wenigstens die neueste Mär, die sich die Festredner im Jubel und Trubel entgehen ließen. — Zum allgemeinen Glück, denn bei den mittelalterlichen Anschauungen unserer Vorfahren wären gar nicht genug Chirurgen und Kranich aufzutreiben gewesen, um die steckengebliebenen Brocken aus dem Halse herauszuziehen.

Interessante Zahlen. Die Versicherung ist ein glänzendes Geschäft für die kapitalistischen Gesellschaften, ihre Aktionäre und Aufsichtsräte! Im Jahre 1912 erzielten die 45 Lebensversicherungsgesellschaften einen Gesamtüberschuß von 175 908 281 Mk., davon entfielen auf die 26 Aktiengesellschaften 103 992 003 Mk., auf die 19 Gegenseitigkeitsgesellschaften 71 916 278 Mk. Von diesem Ueberschuß erhielten die Aktionäre 9 200 653 Mk., die Aufsichtsräte an Tantiemen 3 863 265 Mk., die Kapital- und andere Reserven 9 051 159 Mk. An ihre Aktionäre zahlte z. B. die Thuringia-Erfurt 1 200 900 Mk., die Wilhelma-Magdeburg 1 050 000 Mk., die Viktoria-Berlin 900 000 Mk., die Bayr. Versicherungsbank 850 000 Mk., die Providentia-Frankfurt 700 000 Mk., die Friedrich-Wilhelm 570 360 Mk., Nordstern-Berlin 471 564 Mk., die Germania-Stettin 432 000 Mk. Tantiemen an Aufsichtsrat und Vorstand zahlten: Viktoria 875 825 Mk., Nordstern-Berlin 324 131 Mk., Friedrich-Wilhelm 250 139 Mk., Thuringia-Erfurt 199 155 Mk., Wilhelma-Magdeburg 151 617 Mk., Providentia-Frankfurt 143 524 Mk. Da die „Vollversicherung“ ihr Aktienkapital nur mit 4 Prozent verzinst, Dividenden und Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrat nicht bezahlt, kommen bei ihr alle Ueberschüsse reiflos den Versicherten zugute.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 21. Sept. bis 27. Oktbr. sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Mägen 17,7, Altona 15,8, Augsburg 17,7, Barmen 6,4, Berlin 11,4, Berlin-Schöneberg 8,5, Berlin-Wilmersdorf 7,4, Bochum 14,9, Braunschweig 12,4, Bremen 12,3, Breslau 16,4, Cassel 13,3, Charlottenburg 9,7, Chemnitz 14,8, Köln 14,5, Grefeld 10,6, Danzig 19,3, Dortmund 13,1, Dresden —, Duisburg 12,5, Düsseldorf 10,8, Elberfeld 10,2, Erfurt 9,9, Essen 13,1, Frankfurt a. M. 11,7, Gelsenkirchen 16,9, Halle 17,8, Hamburg 16,1, Hamburg 12,9, Hannover 10,0, Karlsruhe —, Kiel 9,4, Königsberg 17,6, Leipzig 12,1, Lübeck 11,8, Magdeburg 14,9, Mainz 12,1, Mannheim —, Mühlheim a. d. R. 12,7, München 14,1, Neustadt 6,1, Nürnberg 11,2, Plauen i. V. 10,0, Posen 19,3, Saarbrücken 5,1, Stettin 12,6, Straßburg 11,5, Stuttgart 10,5, Wiesbaden 11,8, London 12,5, Paris 14,5, Wien 12,5.

pb. Fahrdrad Diebstahl. Am 20. d. M., abends gegen 7 1/2 Uhr, ist vor einem am Burgfeld belegenen Hause ein Fahrrad Marke „Patania“ mit schwarzem Gestell, ebenfolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 3781 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. An dem Rade befanden sich ein neuer Sattel und eine neue Dellaterne, sowie neue gelbe Mäntel.

pb. Stehler und Hehler. Festgenommen wurden in Travemünde ein Kellnerlehrling und ein Kellner. Ersterer machte sich des Diebstahls und letzterer der Hehlerlei schuldig.

pb. Stadtbrieffling. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Krojanke, der wegen Diebstahls stadtbrieffling verfolgt wird.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Um den vielfachen, an die Direktion gerichteten Wünschen aus dem Publikum zu entsprechen, hat sich die Direktion entschlossen, das mit so großem Interesse aufgenommene Stück „Die Schiffsbrüder“, welches den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten zum Inhalt hat, Mittwoch, den 22. Oktober, 8 1/2 Uhr, wieder anzusehen. Einheitspreis für alle Plätze 1 Mk. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. Die Plätze werden an der Tages- und Abendkasse ausgelost.

Travemünde. Bei der Jahrhundertfeier der Gegner der Arbeiterschaft wurde auch hier wie anderorts geredet und gefacht, daß es nur so rauchte. Auf dem Urwall hatte man der Festivität sogar einige alte Teertonnen geopfert, die zur Vermeerung der Begeisterung verbrannt wurden. Aber, wie gesagt, rauchten diese Feuer nur, sie zündeten nicht in den Herzen, weil die Feiernüberhaupt nicht dazu berufen sind, die revolutionäre Tat, die vor 100 Jahren dem deutschen Volke die Freiheit schaffte, so lichte, für sich in Anspruch zu nehmen. Dafür erregte jedoch ein Vorfall Aufsehen, der sich bei der sogenannten Feier hier zutrug. Der Schuhmann Ernst, der über die Feier zu wachen hatte, ergriff plötzlich aus unbekanntem Grund einen fremden Arbeiter, der sich unter den Neugierigen befand, und stieß ihn mit solcher Wucht auf das Straßenpflaster, daß er heftig blutende Wunden am Kopfe und am Arm erlitt. Der mißhandelte Mann mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Waffanten führten ihn zum Arzt. Das unglaubliche Vorgehen des Schuhmanns rief den höchsten Unwillen aller hervor, die es beobachteten konnten.

Schwartau. Der Unterhaltungsabend, welcher von den organisierten Frauen von Schwartau und Rensfeld am Sonntag in J. Süßes Gasthof veranstaltet wurde, erfreute sich eines außerordentlich guten Besuchs und wurde den Mitwirkenden für ihre zum Teil sehr guten, ersten und heiteren Vorträge reichlicher Beifall gelpendet.

Cutin. Ueber recht günstige Finanzverhältnisse im Fürstentum Lübeck wird berichtet: Schon seit einer ganzen Reihe von Jahren werden hier nur 75 Prozent der Einkommen- und Vermögenssteuer erhoben und daselbst wird auch für das Jahr 1914 beantragt. Als im vergangenen Jahre der Voranschlag infolge großer Baukosten mit einem Fehlbetrage von 150 134 Mk. abschloß, da brauchte man sich wegen der Dedung keine Sorgen zu machen. Man hatte aus früheren Jahren große Kassenerüberschüsse zur Verfügung und außerdem einen Betriebsfonds von 150 000 Mk. Nun hat aber das Jahr 1912 nicht mit einem Fehlbetrage, sondern mit einem Ueberschuß von 80 142 Mk. abgeschlossen, so daß damit gerechnet werden kann, daß für 1914 Kassenerüberschüsse von insgesamt 270 000 Mk. zur Verfügung stehen werden. Der Voranschlag für 1914 rechnet mit Einnahmen in Höhe von 1 203 500 Mk., also mit einem Fehlbetrage von 18 500 Mk. Auf Grund der Erfahrung früherer Jahre wird man aber unbedenklich annehmen können, daß die Abrechnung einen erheblichen Ueberschuß ergeben wird. Die Einnahmen werden stets zu vorsichtig eingesezt. Aus dem Voranschlag ist übrigens als besonders erfreulich hervorzuheben, daß die Einkommensteuer um 20 000 Mk. höher veranschlagt werden konnte, eine Folge des Aufschwunges der Seebäder und Sommerfrischen des Landes bezw. des Rentnerzuzuges.

Hamburg. Hamburger Bürgerschaft. Die Arbeitslosenfürsorge, wie sie von unseren Vertretern in der Bürgerschaft beantragt war, ist gestern in allen wesentlichen Punkten abgelehnt worden. So vor allem der Antrag 8, der die Bereitstellung eines Unterstüßungsfonds für Arbeitslose forderte, ebenso die schnelle Juangriffnahme von Staatsarbeiten und das Eintreten für reichsgelegliche Arbeitslosenversicherung. Annahme fand nur die Forderung, daß bei Notstandsarbeiten, die der Staat vergibt, tarifliche Löhne zu zahlen und in erster Linie hiesige Arbeiter zu beschäftigen sind. Ferner das Ersuchen an den Senat zu erwägen, ob etwas mehr für Speisung bedürftiger Schulkinder getan werden soll. Ein nachträglich vom Genossen Winig gestellter Antrag, den Senat um Vornahme von Arbeitslosen-zählungen zu ersuchen, fand gleichfalls Annahme, nachdem Winig in eindrucksvoller Rede den Blockparteien klar gemacht hatte, wie sehr sie sich durch Ablehnung dieses Antrags als nackte Interessengruppe der Satten und Besessenen bloßstellen würden. Bei der Abstimmung zeigte sich deutlich, wie die Linke durch den Scharfmacheragenten Dr. Max Westphal in eine Lage gebracht worden ist, in der es ihr selber nicht mehr geheuer ist.

Hamburg. Mädchenmord in Klein-Borstel. Ein neuer Mord beschäftigt wieder einmal die hiesige Kriminalpolizei. Seit Sonnabend abend wurde das 19jährige Mädchen Helene Erichsen, das bei dem in Klein-Borstel wohnenden Polizeibeamten Flemming beschäftigt war, vermißt. Das Mädchen hatte den Dienst bei dem Beamten erst am 15. d. Mts. angetreten. Am Montag in den frühen Morgenstunden wollte ein Landmann aus einem auf einer Wiese in Klein-Borstel befindlichen Brunnen mit dem Zugehör Wasser schöpfen. Hierbei förderte der Landmann ein Büschel langer Mädchenhaare aus der Tiefe. Da der Mann von dem Verschwinden des Mädchens wußte, machte er von seinem Funde bei der Polizei Mitteilung, die sofort an die Untersuchung des Brunnens ging. Nach längerem Suchen zog man eine weibliche Leiche aus dem circa fünf Meter tiefen Brunnen. Die Leiche wurde sofort als die des verschwundenen Mädchens anerkannt. Nun benachrichtigte man die Kriminalpolizei, da man sofort einen Mord vermutete. Die Untersuchung des Fundorts der Leiche ergab, daß das Mädchen vermutlich von einem unbekanntem Individuum, als sie den Brunnen aufsuchte, mit einem unfittlichen Antrag belästigt wurde und dann, als sie sich weigerte, dem Willen des Unbekannten gefügig zu sein, von diesem rückwärts in den Brunnen geschleudert worden ist. Das Abreißen der zuerst gefundenen Haare läßt sich dadurch erklären, daß sich die Haare des Mädchens vermutlich beim Sturz in dem Henkel oder der Kette des Eimers festklemmten und beim Hochziehen des Wassereimers durch den Landmann abgerissen sind. Die zum Fundort der Leiche gebrachten Polizeihunde suchten diellumgehend resultatlos ab. Sie bewegten sich größtenteils auf einer geringen Fläche der Umgebung des Brunnens, auf dem man auch einige Blutstropfen fand. Hieraus könnte man schließen, daß sich zwischen dem Mädchen und dem unbekanntem Täter ein kurzer Kampf abgepielt hat, bei dem das Mädchen vermutlich den Gegner getrachtet hat. An der Leiche befindet sich keine Wunde oder sonst welche Verletzung. Da auch die Unterkleidung völlig geordnet ist, kann ein Lustmord nicht in Frage kommen. Vorläufig tappt man hinsichtlich des Täters noch im Dunkeln. Der Brunnen, in dem man das Mädchen tot auffand, befindet sich auf einer Weide, circa 200 Meter vom Hause des Polizeibeamten Flemming entfernt und dient zur Füllung der Trags für das dort weidende Vieh. Das Haus des Flemming liegt ziemlich isoliert. Diast neben dem Grundstück zieht sich aber die Trasse der im Bau befindlichen Halterbahn hin.

Odenburg. Ein Mord und Selbstmord wurde Sonntag abend in der Kadortstraße verübt. Dort erschof der Malergeselle Hellwig aus Koffel das hier in Stellung befindliche Dienstmädchen Lübben aus Sengwarden. Die Ursache des Mordes ist die Aufhebung einer Verlobung. Dann tötete der Mörder sich selbst durch zwei Revolvergeschüsse.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



PUCK

die neue
Qualitäts **3** Cigarette
mit Goldmundst. mit Hohlmundst. flach

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE
CIGARETTENFABRIK

7942

Komitee- und
Kommissionssitzungen

Arbeiter-Bildungsverein.

Vorstands-Sitzung
Mittwoch abend 8 Uhr.

D. T. V.

Vorstands-Sitzung
am Mittwoch, d. 22. Oktober
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Verlobte:
Anna Borgwardt
Fritz Strohmeyer.
Selmsdorf. (7941)

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zu unserer Hochzeit, insbesondere dem Chorverein Lübeck, unseren herzlichsten Dank.
Ludwig Lemcke und Frau,
geb. Hamer. (7952)

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlichst
August Steffens und Frau.

Für die vielen Aufmerksamkeiten, Karten und Geschenke, anlässlich unserer silbernen Hochzeit sagen allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.
Gust. Siegel und Frau.
Lübeck, 19. Oktober 1913. (7960)

Dankagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau spreche ich hiermit allen, die mir ihre Teilnahme erwiesen, zugleich im Namen der Familie meinen herzlichsten Dank aus.
Fritz Krüger.
Rosenbüsch, Oktober 1913. (7951)

Sonntag morgen 1/4 Uhr ent-
schlaf nach kurzer Krankheit unsere
liebe Mutter, Schwieger- und
Großmutter

Maria Saggau
geb. Möller

im 77. Lebensjahre. Auf's tiefste
betrauert von den Ihrigen.

Im Namen der Familie
W. Saggau und Frau,
geb. Ebert.

Lübeck, den 19. Oktober 1913.
Die Trauerfeier beginnt am Mitt-
woch, um 3 1/2 Uhr, in der Kapelle
Vorwerk. (7948)

Gut möbl. Zimmer 3. verm.
7894) Radenburger Allee 25 I.

1 Kinder-Klappsportwagen
billig zu verkaufen.
7958) Natobüchse 1.

Ein guterhaltener Jünglings-
Halter zu verkaufen.
7944) Fildergarben 38 I. I.

Mittwoch frisch
eintreffend:
Seelachs, Kabel-
jau, Bengische, Schellfische, Ham-
burger Stint, Dorsch.
7957) Boy, Fischhandlung,
Markthallenstand 16.

NB. Auch Donnerstags in Schwarz-
tau auf dem Marktplatz frische
Fische zum Verkauf.



Zur Einführung bis Ende 1914
gegen Gutscheine von 5 Pfd. 1
Korallenkette od. 3 neusilb. Tee-
löffel, 10 Pfd. 1 echt silb. Kollier
oder Blusenadel 1000 (222)
Schumann & Wille, Wittenberge.

Achtung Parteigenossen!

Eintrittskarten zu den Ver-
anstaltungen des Arbeiter-
Bildungsausschusses Lübeck
sind für Schwartau und Um-
gegend in der Warenabgabe-
stelle des Konsumvereins
Schwartau zu erhalten. (7940)
Der Bildungsausschuß
für Schwartau.

Achtung!
Deutscher Bauarbeiterverband.

Mitglieder - Versammlung
am Mittwoch, dem 22. Oktober
abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

- Tages-Ordnung:
1. Das neue Krankenversicherungsgesetz.
Referent: Genosse P. Hoff.
 2. Die Arbeitslosen-Unterstützungsvorlage und Auf-
stellung der Kandidaten zum Verbandstag.
 3. Aufstellung von Kandidaten zur Generalversamm-
lung der Ortskrankenkasse.
 4. Kartellbericht.
 5. Verschiedenes.
- Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahl-
reiches Erscheinen unbedingt notwendig.

NB. Am Donnerstag, d. 23. Oktober, abends 8 Uhr:

Mitgliederversammlungen in allen Zahlstellen.
Tagesordnung:
Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag
und Verschiedenes.
Der Zweigvereinsvorstand.

Lichtspiele - Bad Schwartau.
Die letzten Tage von Pompeji
nur Mittwoch, den 22. Oktober.
2 Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 8 1/2 Uhr.

Lachsabfall
täglich frisch, Paket 20 Pfg.
Fischstrasse 31.
Öffentliche

**Gärtner-
Versammlung**
am Donnerstag, d. 23. Oktober
abends 8 1/2 Uhr,
bei Eggers, Stavenstr. 33.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: 10 Jahre freigewer-
kschaftlicher Gärtner-Bewegung.
Referent: Ed. Lehmann, Berlin.
2. Diskussion.
7939) Der Einberuener.

Zentralverb. prolet. Freidenker.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 22. Oktober

abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Rassenbericht.
2. Bericht vom Sonntag.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Verband d. Maler!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 22. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gemacht.
Zahlreichen Besuch erwartet
7947) Der Vorstand.

Achtung!
**Arbeiter-
Radfahrer-
Bund
Solidarität**
Ortsgruppe Lübeck.

Umstandshalber findet un-
ser großes Gala-Saalfest
nicht am Sonntag, dem 9.
November, sondern am
Sonntag, d. 16. November
im Gewerkschaftshaus statt.
Sämtliche Karten behalten
ihre Gültigkeit.
Das Festkomitee.

Touristen-Verein
„Die Naturfreunde“

Versammlung
am Mittwoch, d. 22. Oktober
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
7943) Der Vorstand.

Chorverein
Lübeck.
Mitglied des deutschen Arbeiter-
Sängerbundes.

General-Versammlung
am Mittwoch, d. 22. Oktober
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.

- Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1913;
 2. Wahl der Delegierten zur Ver-
einstandskonferenz.
 3. Wiederabend.
 4. Weihnachtsfest.
 5. Maskenball.
 6. Innere Vereinsangelegenheiten.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht
7867) Der Vorstand.

Kolosseum.
Donnerst., Freitag d. W.
8 1/2 Uhr. Einlaß 7 1/2 Uhr.
Stuart Lancourt.
Der weltbekannte Anti-Mystiker
und Spiritisten-Entlarver.
Großart. absolut unbegreifliche
Experimente u. Phänomene a.
d. Spiritismus u. d. gesamten
Taschenspielererei und deren
sofortige Enthüllung.
Das zweifell. interessanteste
Ereignis auf diesem Gebiet.
Billetts: 30, 50, 75 Pfg. u. 1 Mk.
jedoch nur für Inhaber von
Einladungskarten, die recht-
zeitig verteilt werden.
Vorverkauf bei Niemeyer,
Breite Straße. (7755)
**Ohne Einlaß-Karte
doppelte Preise.**

„CINES“
Hansa-Theater.
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt.
Drama in 5 Akten.
Der größte Erfolg, den je ein
Film in Deutschland hatte.
Vorstellung 4 1/2 u. 8 1/2 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr.
Eintrittspreise von 25 Pf. an.
Vorverkauf bei (7840)
Rudolph Karstadt.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 21. Oktober 1913.
31. Bofft. u. 26. 6. Bofft. i. Dienst. 26.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

**Die deutschen
Kleinstädter.**
Lustspiel von Kogebue.
Mittelpreise. (7945)
Mittwoch, den 22. Oktober 1913.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
Außer Abonnement.

Die Schiffbrüchigen
von Grieg.
Die Plätze werden an der Tages-
und Abendkasse ausgelost.
Kinder unter 14 Jahren haben
keinen Zutritt.
Donnerstag, den 23. Oktober 1913.
32. Bofft. u. 6. Bofft. i. Dienst. 26.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
Der Ruhreigen
Große Oper von W. Ritzel.
Große Preise.

Koche mit Knorr

Suppenwürfeln jeden Tag
schmackhafte, billige Suppen!
16 Sorten, wie Erbs, Pilz,
Blumenkohl, Eiersternchen etc.
1 Würfel 5 Teller 10 Pfennig.

Ebenso anerkannt sind
Knorr-Hajermehl, Hajerplack,
Kesselmehl, Grünkrautmehl

7938

Hochverratsprozesse und Lockspickeltum in Finnland.

Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Das Hofgericht zu Abo beschäftigte sich am 7. und 8. dieses Monats abermals mit der Legende eines geplanten Aufstandes der „Woima“-Bereine, die die Gerichte schon wiederholt beschäftigt hat und jetzt auf Verlangen des russischen Justizministers nochmals zur Verhandlung gestellt worden ist. Diesmal führte aber die Gerichtsverhandlung zu einem vollständigen Zusammenbruch der russischen Justiz in Finnland und lieferte einen neuen Beweis für das von der russischen Regierung gepflegte System der Agents provocateurs. Noch steht das Urteil des Gerichtes aus; möglich, daß einige Angeklagte eine Strafe erhalten; hoiel steht aber schon jetzt fest, daß die Gerichtsverhandlungen in diesem Prozeß das System der russischen Provokation erbarmungslos an den Pranger gestellt haben.

Zunächst einige Worte zur Aufklärung der „Woima“-Legende. Während des finnischen Generalfreieks im Herbst 1905 wirkte als Ordnungsmannschaft die von der Arbeiterschaft gebildete „Rote Garde“, die auch nach dem Generalfreieks bestehen blieb. Diese Organisation veranstaltete Versammlungen, organisierte öffentliche Turn- und Marschübungen usw. Im bürgerlichen Lager empfand man das Bedürfnis, dieser machtvollen Bewegung, die von der Stärke der Arbeiterklasse ein berechnetes Zeugnis ablegte, etwas Ebenbürtiges entgegenzustellen. Und so trat man denn an die Gründung der „Woima“-Bereine, denen sich die Turn- und Schützenvereine des Landes anschließen sollten. Möglich, daß einige Wirkkräfte in den Reihen der „Woima“-Bereine sich besondere Ziele stellten, in der Hauptsache jedoch sollte diese Bewegung der Sozialdemokratie die Spitze bieten. Um die Arbeiterschaft nicht zu früh auf die neue Organisation aufmerksam zu machen, betrieben die bürgerlichen Drahtzieher ihre Agitation mit einer gewissen Geheimnisträumerei. Aber gerade dieser Umstand wurde den „Woima“-Männern zum Verhängnis, denn dadurch erhielten die russischen Reaktionäre die Möglichkeit, ihre Agents provocateurs gegen die „Woima“-Bereine loszulassen.

Das Verbrecherische der „Woima“-Organisation bestand darin, daß sie den Plan gefaßt hatten, gewisse bürgerliche Schichten zu bewaffnen, um den gerechten Forderungen der Arbeiterschaft entgegenzutreten zu können. Dies bedingte auch ihre geheime Wirksamkeit. Daß aber die „Woima“-Bereine als solche im Geheimen die Waffenentföhr betrieben haben, um das Volk gegen die russische Regierung zu bewaffnen, davon kann gar nicht die Rede sein; dafür liegen keinerlei Beweise vor. Allerdings haben einzelne Personen, die Mitglieder der „Woima“-Bereine gewesen sein mögen, Waffenschmuggel versucht. Daraus kann aber den Vereinen kein Vorwurf gemacht werden.

Die russische Reaktion hatte um diese Zeit das Bedürfnis, eine Provokationsmöglichkeit in Finnland ausfindig zu machen. Die Versuche, die proletarische „Rote Garde“ zu provokatorischen Zwecken zu benutzen, schlugen fehl, weil die Tätigkeit dieser Organisation sich in aller Oeffentlichkeit abspielte. So fiel denn die „Woima“-Bewegung, die sich, wie wir sahen, aus reaktiven Gründen zum Teil von der Oeffentlichkeit verbarg, der russischen „Ohrana“ zum Opfer. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Lockspichel

Alsew mit einigen „Woima“-Männern zu tun gehabt hat. Es ist aber auch nicht unmöglich, daß andere russische Spitzel von dem Dasein der „Woima“-Bereine Kenntnis erhielten und sofort mit ihrer provokatorischen Tätigkeit einsetzten. Denn obgleich die „Woima“-Männer ihre Sache geheim betrieben, war ihre Tätigkeit in Finnland ein öffentliches Geheimnis, von dem die Agenten der „Ohrana“ mühelos Kenntnis erhalten konnten. Da aber die eigentliche Tätigkeit der „Woima“-Bereine keine Handhabe für die „Ohrana“ bot, begannen die Spitzel ihre Fälschungspraxis und schufen in ihren Berichten eine „revolutionäre Woima“-Bewegung“, von der in Wirklichkeit keine Spur zu finden war. Das Verdienst der jetzigen Verhandlungen vor dem Hofgericht zu Abo ist es gerade, diese Provokation enthüllt zu haben. Allerdings geschah das ohne Zutun und gegen den Willen des Gerichtes.

Schon seit langem unterlag es keinem Zweifel, daß die auf Landesverrat lautende Anschuldigung gegen die „Woima“-Männer sich nur auf gefälschte Dokumente stützen konnte. Im Namen der „Woima“-Bereine die Spitzel allerhand Flugblätter verfaßt und als Belege nach Petersburg geschickt. Bei der Gerichtsverhandlung stellte es sich heraus, daß diese „Dokumente“, auf die sich die Anklage stützt, von dem finnischen Eisenbahnbeamten Jo im Verein mit den Agenten der „Ohrana“ verfaßt worden sind. Diese Tatsache ist dem russischen Justizministerium bekannt gewesen; es hat also offensichtlich, wie übrigens nicht zum ersten Mal, seine Anklage auf Fälschungen aufgebaut.

Das Verdienst der Entlarvung der Fälscher gebührt dem früheren Beamten der „Ohrana“, Leonid Menschinski, der bereits vor einigen Jahren aus Rußland geflüchtet ist und u. a. viel wertvolles Material an Burzew geliefert hat. Er kannte die Tätigkeit der russischen Lockspitzel aus eigener Anschauung, da er als Vertrauensmann der „Ohrana“ die Kampagne gegen die „Woima“-Bereine in Finnland geleitet hatte. Er gab seine Aussage vor einem öffentlichen Notar in Stockholm zu Protokoll und lieferte damit ein wichtiges Anklagematerial gegen die russische Regierung. Vor dem Hofgericht zu Abo verlesen, zerschmetterte seine Aussage den ganzen Fälschungsfeldzug der Petersburger Gewalthaber.

Der Prozeß in Abo hat sich, soweit die europäische Oeffentlichkeit in Betracht kommt, in aller Stille abgespielt. Er hat aber für Finnland etwa dieselbe Bedeutung, wie der Ritualmordprozeß in Kiew für die ganze gestittete Welt. Hier wie dort reißt sich die russische Reaktion in ihrer ganzen Scheußlichkeit empor; hier wie dort erhält sie Nackenschläge, die ihren Untergang beschleunigen werden.

Wie die Bergleute sterben.

Das furchtbare Schachtunglück auf Grube „Univerjal“ in Südwales lenkt die Augen der Mitwelt wiederum auf die Gefahren der Bergarbeit. Wenn mit einem Schläge Hunderte von Knappen fern vom Tageslicht den Tod erleiden, dann regt sich in den Herzen von Millionen trauerndes Mitgefühl. Die Namen Courrieres, Radbob, Lothringen und Cardiff bilden aber nur die bekanntesten Stationen auf dem opfervollen Leidensweg der Bergarbeiter. In Wahrheit spielen die großen Massenunglücke im Vergleich zur Größe der Gesamtoster nur eine geringe Rolle. Die Arbeit der Berg-

leute ist noch weit gefährlicher und die Zahl ihrer Toten viel größer, als dem Fernstehenden scheinen will, der nur die großen Katastrophen als Maßstab benützt.

Das mag bestreben, und doch verhält es sich so. In Deutschland sind 2028 Bergleute im Jahre 1912 tödlich verunglückt. Davon sind 187 bei den Massenunfällen auf Lothringen, Achenbach, Oberhausen und Lithandragrube ums Leben gekommen. Die anderen 1841 stießen Einzelunfällen zum Opfer — durchschnittlich starben jeden Tag sechs Bergleute eines gewaltigen Todes. Hier einer, dort zwei oder drei. Das gibt kein großes Aufsehen, nur die Lokalblätter des Reviers berichten in zwei, drei Zeilen, daß wieder einer von der Grube erschlagen, zerquetscht oder zerrißten wurde. Und auch das nicht immer — oft erfährt es weiter niemand als die Kameraden, die den verstümmelten Körper zutage schaffen, und die Angehörigen, denen der Ernährer genommen wurde.

Auf welche Weise die Bergarbeiter ums Leben kommen, gibt die Unfallstatistik an. „Stein- und Kohlenfall“ ist die häufigste Unfallursache, nach ihr kommen die Gefahren bei der Förderung, bei der Sprengarbeit und an letzter Stelle Explosionen und giftige Gase. Viel besser als die trockene amtliche Klassifizierung der Unfallgefahren läßt uns die Presse der Grubenreviere mit ihren kurzen lakonischen Nachrichten einen Blick tun in die schaudervolle Wirklichkeit des Bergmannslebens. Man sehe sich nur das nachstehende Register von Unfallmeldungen an! Es umfaßt nur die paar Tage vom 5. bis 14. Oktober, kann aber trotz seiner Unvollständigkeit als Stichprobe dafür gelten, wie die Bergleute sterben.

- Zeche Heinhaven: Hauer Krause auf dem Bremsberge von einem Holzwagen getötet.
- Zeche Baldur: Durch Steinfall ein Mann getötet, zwei Mann schwer verletzt.
- Gewerkschaft Böhnen: Zwei Mann 60 Meter tief in den Schacht gestürzt; beide tot.
- Schacht Rudolf, Bollweiler: Vier Mann von einem fallenden Küber erschlagen.
- Zeche Osterfeld: Hauer Persky durch Steinfall getötet.
- Die trichschacht: Bergmann Köhler vom Förderkorbe totgequetscht.
- Zeche Konstantin, Schacht 10: Schachthauer Oberwein beim Abteufen durch Steinfall erschlagen.
- Zeche Eintracht Tiefbau: Bergmann Umsorge von zwei Bahnwagen erdrückt.
- Zeche Mathias Stinnes 3/4: Dem Schachtschläger Kappmann vom Förderkorbe ein Bein weggerissen.
- Rönigsgrube: Bergmann Zdejad zwischen einem Steinwagen und einem Stempel erdrückt.
- Zeche Bruchstraße: Peter Bertek vom Förderkorbe totgequetscht.
- Zeche Shamrock: Pferdetreiber Borowski beim Kuppeln der Förderwagen Kopf zerdrückt.
- Grube Spittel: Einem Steiger vom Förderkorbe Kopf und Arm abgerissen.
- Zeche Gluckauf: Zwei Mann durch Steinfall ver- schüttet, einer davon getötet.
- Hedwigschacht, Delsnik: Hauer Erler zwischen Wagen und Stempel den Kopf zerdrückt.
- Zeche Fröhliche Morgensonne: Ein Mann durch Steinfall getötet.
- Zeche Gustav: Otto Zinnick vom Förderkorbe den Kopf zerquetscht.

So gehts Woche für Woche, ein Jahr ums andere. Seit die Knappschäftsberufsgenossenschaft besteht, a l s o

Der Baldamus und seine Streiche.

Von Oskar Wöhrl.

(16. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Dann kam sie, aber erkannte mich nicht. Und ich tat fremd, obwohls mir ums Heulen war. „Ein Paar Schuhe möcht ich“, sagte ich. Welche Fasson, welche Größe? „So und so.“ Und während mir die Mutter eine Auswahl zusammenstellte, hatte ich Gelegenheit, sie selber zu betrachten. Ihre Bewegungen waren noch die gleichen wie früher, nur, wie es mir schien, etwas mühsamer. Schließlich hatte ich ein Paar gefunden, die mir paßten und vierzehn Mark kosten sollten. Diese behielt ich an, machte aber keine Miene, zu bezahlen, sondern rebete von allerlei, vom Wind und vom Wetter, von teuren und von schlechten Zeiten und von unterschiedlichen Menschen. Endlich sagte die Mutter, sie müsse in die Küche, sonst würde ihr das Abendessen anbrennen. Ich griff in die Tasche wie nach dem Portemonnaie, zog die Hand leer wieder heraus und sagte lachend: „Ich habe gerade kein Geld bei mir, könnt Ihr mir keinen Kredit machen?“ Sie sprach erschrocken: „Aber ich kenne euch doch nicht!“ „Nun“, war meine Antwort, „mir scheint, wir zwei müßten uns doch gut kennen.“ Erst da schaute sie mir so recht unter die Augen und noch einmal, und fing an zu zittern und zu schwanken, als wolle sie umfallen. Da war ich auch schon bei ihr. „Jesus, Maria!“ rief sie, „Du lebst noch?“ Und hielt mich so fest, als wolle sie mich nie mehr loslassen.

Der Vater in der Werkstatt hörte den Schrei und meinte, es geschehe ihr etwas. Mit einem Kohrstiefel in der Hand kam er gesprungen. Als er sich zurecht gefunden hatte, schmeuzte er sich, strich die Augen mit dem Hemdbärmel und pfiff: „Du machst mir aber schöne Fagen!“ Eine Viertelstunde später wußte schon das ganze Meist: der Baldamus ist wieder daheim!

Der Mensch hat nur eine Heimat. Und niemand kann sie besser schätzen, als wer sie recht lange entbehren mußte. Einige Tage lang war es bei uns zu Hause so still, wie in einer Straße, in der ein Wunder geschehen. Die Schwester und jüngeren Brüder waren so sorglich um mich bemüht, als sei ich von einer schweren Krankheit aufgestanden. Vater und Mutter pöppelten mich beim Essen wie ein Kind und schoben mir die besten Speisen zu. Die anderen Tage hatte ich genug zu tun, das Dorf anzuschauen und bei Freunden und Bekannten Besuche zu machen. Freilich, wenn diese nun meinten, ich würde ihnen auspacken, wie drehtig und eifrig mirs manchmal gegangen sei, so irren sie sich. Wärmer ließ ich

mir keine aus der Nase ziehen. Wenn einer anzüglich wurde, hatte ich Mittel genug, ihn schnell abfahren zu lassen. Zwei Wochen später sagte die Mutter, es wäre Zeit, daß ich mich nach irgend einer Arbeit umsähe; die Leute hielten sich schon darüber auf, daß ich herumfaulenze. Ich müßte doch selber merken, daß es besser sei, wenn etwas mehr Geld ins Haus käme. In der Nähe wohnte ein Schulkamerad von mir; dessen Vater war Meister in einer Seidenbandfabrikerei. Diesen fragte ich, ob er etwas für mich hätte. Er sagte, ich könne am nächsten Montag eintreten, wenn ich wolle. Vorher müßte ich mir Holzschuhe kaufen und ein Ueberkleid. Am Montag morgen ging ich mit zur Arbeit. Der Fabrikportier schrieb mich ein und gab mir eine Blechmarke mit einer Nummer darauf, die ich an einem Brett aufhängen mußte. Dann kam ich in einen kleinen Verschlag, wo ich mich umkleiden konnte. Raum war ich fertig damit, schrillte ein Pfiff. Die Arbeit begann.

Der Meister wies mich einem älteren Färber zu, der mich anlernte. Ich kam kaum zur Besinnung, so viel gabs zu tun. Alles war mir neu: Das Geräusch der vielen Dampfmaschine, das Säusen der Schwungmaschinen, das Platplatsch der großen Waschmaschinen. Dabei der ganze Raum dampferfüllt, kaum einen Schritt weit Aussicht, man stand wie im Nebel. Zuerst müßte ich helfen, Seidenbänder aus der Lauge zu nehmen. Diese wurden dann in einem Holztrug ausgewässert, von den Stöcken genommen, ausgerungen und in der Maschine ausgeschwungen. Dann wurden sie auf die Hänge getragen zum Trocknen.

Die Färberer beschäftigte etwa 500 Personen, darunter viele aus meinem Ort. Auch solche, die früher mit mir zusammen zur Schule gegangen waren und längst ausgewallert hatten. Besonders die hatten es auf mich abgesehen und peinigten mich, wo sie nur konnten, mit spitzen Redensarten. „Handarbeiter hättest du auch so werden können. Dafür hätte es kein Seminar gebraucht.“ Derartige Stichelreien hörte ich fast den ganzen Tag. Daheim heulte ich oft vor Wut.

Die Mutter tröstete mich immer wieder. Sie sagte: „Schaffen ist keine Schande. Jede Arbeit ist ehrlich, du brauchst dich vor niemand zu schämen.“ Die Reibereien hörten nicht auf. So kam zu einer großen Schlägerei. Auf dem Abort sagte einer: „Ei, schaut her, wir sind nobel geworden. Jetzt kommen sogar durchgefallene Schulmeister.“ In diesem Augenblick aber war ich ihm schon an der Gurgel und schlug ihn mit dem Kopf an die Zementwand, daß der rote Saft spritzte. Auch mit den anderen, die ihm zur Hilfe eilten, wurde ich fertig. Ich stellte mich in die Ecke, so daß ich rückenfrei war und sie nur von vorn an mich konnten. Gleich

den ersten beiden brachte ich gute Augenstöße bei und als sich noch einige andere im Dreck wälzten und nicht mehr aufstehen konnten, ließ die Meute von mir ab. Ich erzählte dem Meister die ganze Geschichte. Der sagte, ich hätte ganz recht gehabt, nur müßte ich jetzt acht geben und über Basel heimgehen; die Raubi würden mir gewiß aufpassen. Ich tat so, wählte jeden Abend einen anderen Weg und ließ ihnen nie in die Hände. Am ganz gestöhert zu sein, schaffte ich mir einen Gummimittel an. Zwei Wochen darauf gabs wieder Händel. Während der Arbeit schlug mir einer hinterwärts eine Kupferkapsel über den Schädel. Ich drehte mich um, packte ihn und warf ihn in einen Trog Klärwasser. Darnu tunkte ich ihn so lange, bis er um Verzeihung schrie. Die Direktion erfuhr von der Sache und wir beide bekamen den Gelben, das heißt wir wurden auf Knall und Fall entlassen.

Zu Hause gab es große Augen. Doch fand ich in einer Baseler Färberer gleich wieder Arbeit. Der Lohn war sogar noch etwas höher. — Ich verdiente jede Woche achtzehn Franken. Zunächst kam ich in die Charge. Diese heißt so, weil darin die Seide chargiert, künstlich beschwert wird. Die Kohseide wird flottenweise an Bambusstöcke gehängt und in siedenden Seifenbädern abgezogen; dabei verliert sie ihre gelbe oder graue Farbe und wird schön weiß. Das Zinnbad besteht aus Zinn, das in einer Säure gelöst ist. Diese Zinnreihen setzen sich in die Poren der Seide und vermehren so ihr Gewicht. Aus dem Zinnbad heraus kommt die Seide in besondere Maschinen und wird ausgeschwungen. Diese Arbeit ist sehr ungesund. Die ganze Luft wird dabei mit Säure angefüllt, die sich beim Atmen schwer auf die Brust legt. Dann wird die Seide von den Waschmaschinen ausgewaschen, wieder getrocknet, kommt in Natronbäder, wird nochmals gewaschen und nochmals ausgeschwungen. Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die Seide die nötige Schwere hat. Den Abschluß bildet ein Wasserbad, bei dem sich das Wasser als schützende Hülle um die Seidenfäden legt und so das Abspringen des Zinns und des Natrons verhindert.

Ist die Seide chargiert, so wiegt sie oft das Doppelte als vorher. Seide wird nach dem Gewicht verkauft. Daher verdient der Fabrikant an dieser künstlichen Beschwerung; außerdem ist es ihm möglich, im Preis herunterzugehen. Freilich ist diese Seide nicht so haltbar, wie unbeschwerte. Auch das ist für die Produzenten von Vorteil. Je rascher der Verbrauch, desto eher muß er wieder liefern.

In der Charge hatte ich nichts zu tun, als auf dem Natronband umzugehen. Die Arbeit war nicht schwierig, nur starke Arme erforderte sie, die Seidenhampeln hatten ein ge-

Seit 1886, sind 31766 deutsche Verdiente bei der Arbeit getötet worden. Rasst eine Schlagwetterexplosion wieder einmal einen ganzen Trupp hinweg, sodas sich die Deffentlichkeit mit dem Fall befaßt, dann wird von der Unternehmerpresse jedesmal das blinde Fat: für die Schuld haftbar gemacht, wenn sie es nicht vorzieht, die Unvorsichtigkeit der Arbeiter als Schuld zu bezeichnen. Zum Teil gefingt ihr das auch nach außen hin, denn die Nächstbeteiligten sind tot und die amtliche Untersuchung findet keine schuldhaften Verhältnisse der Grubenleitung. Da kann mit einem Schein von Recht behauptet werden, daß unglückliche Zufälle die Ansammlung der Schlagwetter und ihre Entzündung herbeigeführt hätten. Wahr ist es trotzdem nicht, oder wenigstens nicht immer. Würde der Bergbau betrieben nach den Grundregeln einer vernünftigen Wirtschaftsweise und unter Einhaltung aller möglichen Vorsichtsmaßregeln, dann wäre sicher manche Explosion vermieden worden. Weil aber der Bergbau vom Grubenkapital in krassester Ausbeutung betrieben wird, deshalb wird für so viele Arbeiter die Grube zur Totengruft. Mit niedrigen Gehältern werden sie zur äußersten Anspannung ihrer Leistungsfähigkeit getrieben, worunter natürlich die Nachlässigkeit und Vorsicht leiden muß.

Nirgends ist das leichter nachzuweisen, als bei den alltäglichen Einzelunfällen, wie solche oben angeführt sind. Bei keinem dieser Fälle kann von einem unabwendbaren Schicksal oder vom blinden Zufall die Rede sein. Die fünf Menschen, die vom Förderkorb verstimmt und getötet wurden, könnten noch leben, wenn nicht ganz allgemein eine so tolle Hast bei der Förderung eingerissen wäre. Der Förderkorb soll keine überflüssige Sekunde stillstehen. Darauf ist alles eingeschult — die Bedienungsmannschaft, die Anschläger und die Maschinenisten. Ein Griff um eine halbe Sekunde zu spät, oder das Signal eine halbe Sekunde zu früh, und schon kann eines Mannes Kopf und Arm von dem sausenenden Korbe weggerissen sein.

Von den oben angeführten 20 Taten der letzten Tage wurden fünf von Wagen erfasst und erdrückt. Auch dies ist eine Folge der wilden Jagd, die bei der Förderung in der Grube waltet. Die vorgeschriebene Wagenzahl soll hinaus, der Betriebsführer verlangt das von den Steigern, diese treiben die Arbeiter und untereinander die sich gegenseitig an. Ein Teil von ihnen hats zu vergeten, indem ihnen von den rollenden Wagenzügen Kopf und Glieder zermalmt werden. Zufall nur ist's, wen es heute paßt, oder wer später dran kommt, ein Zufall jedoch, der in dem hastigen Jagen des modernen Grubenbetriebes seine reale Ursache hat und der sich mit unheimlicher Regelmäßigkeit jeden Tag seine blutigen Opfer sucht.

In diesen Tagen hat die Unternehmerpresse wieder viel Mittel übrig für die toten Knappen von Cardiff. Möchte sie lieber sorgen helfen, daß im deutschen Bergbau der Blutstrom schwächer fließt. Aber davon will sie nichts wissen, daß die Ursachen abgestellt werden; alle dahingehenden Forderungen der Bergarbeiter werden von ihr mit zäher Beharrlichkeit bekämpft.

Aus der Partei.

Der Fall Leppert. Gegenüber der in der Zentrums- presse verbreiteten Behauptung des christlichen Arbeiters- freunds Erling, der Genosse Leppert-Erlingen habe in einer Versammlung in Sandweide die Ausrufung getan: „Der babylonische Großherzog solle sich um eine lohnendere Beschäftigung umsehen, er regiere ja überhaupt nicht“ usw., gab Leppert in einer in Erlingen stattgefundenen nationalliberalen Versammlung folgende Erklärung ab: „Ich habe nach Erscheinen der falschen Anschuldigungen Erlings im „Volksfreund“ erklärt, daß ich die angelegene Ausrufung bezüglich des Großherzogs von Baden nicht getan habe, ich habe auch zwei Zentrumsblättern Verichtigungen zugehen lassen, welche veröffentlicht wurden. Trotzdem wird landauf landab die Erfindung Unwahrheit weiterkolloriert. Zu welchen Zwecken, ist zum Greifen nahe. Der Staatsanwalt hat sich mit der

Sache beschäftigt und Untersuchung angehängt, welche noch nicht erledigt ist. Die Zentrumschriften können sich also beruhigen. Wenn es möglich ist, mich ins Gefängnis zu bringen, wird es geschehen. Leider hat sich bis jetzt aber niemand gefunden, auch nicht von Zentrumsseite, welcher die Angaben Erlings bestätigen könnte. Dieser hält trotzdem an seiner Aussage fest. Einwandfreie, nichtsozialdemokratische Versammlungsbefucher behaupten dagegen, daß ich die mir zur Last gelegte Ausrufung nicht getan habe. Man geht nicht fehl, wenn man die schwarz-blaue Denunziation als einen skrupellosen Wahlschwindel betrachtet.“

Der Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei Ungarns hält vom 19. bis 22. Oktober ihren diesjährigen Parteitag in Budapest ab. Dieser Parteitag ist der 20. der sozialdemokratischen Partei Ungarns. Als Festgabe erschien eine vom Genossen Mihály Kóvessy verfaßte „Geschichte der Arbeiterbewegung in Ungarn“. Der Parteitag wird sich mit der politischen Lage und mit der Sozialpolitik der Tisza-Regierung beschäftigen. Weitere Tagesordnungspunkte sind: „Die Auslandspolitik und die Sozialdemokratie“, und die Berichterstattung der Agrar-Programmkommission. Aus dem Bericht, den die Parteileitung dem Kongreß vorgelegt hat, geht hervor, daß die großen politischen Stürme und Erschütterungen, deren Schauplatz Ungarn war, die Kämpfe um die Wahlförderung, deren Gipfelpunkt die revolutionäre Erhebung des Budapest-Proletariats am 23. Mai 1912 bildete, die vollständige Zerrümmung des alten Klassenparlaments u. a., das Wachstum der Sozialdemokratie gefördert, ihr Ansehen gehoben und ihre Institutionen gestärkt haben. Die Gewerkschaften, die das Rückgrat der Bewegung und die eigentliche Organisation der Partei bilden, haben ihre Mitgliederzahl von 95 180 auf 111 966 erhöht. Die Zahl der Parteimitglieder zählenden Mitglieder der Gewerkschaften stieg von 32 733 auf 59 628. Die wirkliche Zunahme ist aber viel größer. Das Zentralorgan der Partei, „Nepjára“ erreichte im Berichtsjahr ihre höchste Auflage und warf seit ihrem Bestehen zum ersten Male einen Ueberfluß ab. Die Einnahmen des Parteisekretariats betragen im Vorjahr 77 044 Kronen, im Berichtsjahr 98 778 Kr. Auch die konjunktionsfähige Bewegung zeigt das Bild einer gesunden und kräftigen Entwicklung. Die Mitgliederzahl wuchs von 16 263 auf 22 447 seit dem Vorjahr; der Umlauf erreichte den stattlichen Betrag von rund 3 Mill. Kronen, dem 2 245 000 Kr. des Jahres 1911 gegenübersteht, was einer Zunahme von 34,9 % entspricht. Die bisher ziemlich im argen darniederliegende Bewegung der jugendlichen Arbeiter und der Frauen hat einen vielversprechenden Aufschwung genommen. Seit einem Jahr erscheint „Nemzetünk“ (Die Arbeiterin) monatlich zweimal in 60 000 und „Tijunkas“ (Der jugendliche Arbeiter) monatlich einmal in 3100—3400 Exemplaren. Die im sechsten Jahrgange monatlich einmal erscheinende wissenschaftliche Zeitschrift der Partei, „Sozialismus“ weist noch immer ein Defizit von 2400 Kr. auf. Das Strafkonto der Bewegung ist im Verhältnis zur Zahl der angestregten Prozesse günstig, was durch die regierungsfreundliche Stimmung der Schwurgerichte zu erklären ist. Politische Prozesse endeten fast ausnahmslos mit der Freisprechung der Angeklagten. Es wurden 12 Prozesse wegen Ausreizung, 177 wegen gewalttätigen Widerstandes gegen Behörden und Private, 39 wegen Verleumdung und Ehrenbeleidigung geführt. Die verurteilten Gesamtstrafen betragen 24 Jahre, 11 Monate, deren größter Teil in Gefängnis- und Zuchthausstrafen besteht. Die schon seit Jahren anhaltende Spannung, die stete Kampfbereitschaft der Arbeiter, welche ungeheure Opfer an Arbeitskraft von den leitenden Personen forderte, andererseits der verhältnismäßig erhebliche Mangel an geeigneten Kräften standen einer planmäßigen und intensiven Bildungsarbeit hindernd im Wege. Es wurden zwar in allen Organisationsvortrügen gehalten, man veranstaltete auch Vortragskurse und versuchte es schon zweimal mit der Gründung einer Parteischule; aber es will trotz alledem nicht recht vorwärts gehen. Die Einleitung einer intensiven Bildungsarbeit, die die großen, den politischen Tageskampf überragenden Ziele des Sozialismus den Arbeitern vorführt, ihr Klassenbewußtsein schärft und sie auf den gegen alle Parteien und Klassen zu führenden Kampf vorbereitet, ist doppelt notwendig. Es wird dies eine der wichtigsten Aufgaben des kommenden Parteitages sein.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Auszeichnung der gewerkschaftlichen Ausstellung in Leipzig. Die Ausstellung der gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Baufach-Ausstellung in Leipzig ist soeben

mit der goldenen Medaille der Stadt Leipzig ausgezeichnet worden. Mit dieser objektiven Würdigung der gewerkschaftlichen Ausstellung durch das Preisrichterkollegium dürften zugleich die Einwürfe einiger Schachmacherblätter völlig entkräftet sein, die der Öffentlichkeit glauben machen wollten, die Ausstellung der Gewerkschaften sei tendenziös und entstelle in grober Weise die Tatsachen.

Zum Hafnarbeiterstreik in Stettin. Die sanitären Zustände in den Logis der Heszbergischen Garde scheinen nicht die besten zu sein. Ein bisheriger Küchengehilfe soll an Krätze erkrankt und ins Krankenhaus eingeliefert sein, und auf einem der Streikbrecher-Logislöhne mußte eine Desinfektion vorgenommen werden, weil Fälle von Scharlach-erkrankungen vorgekommen sind. Trotz aller magistralischen Schönfärberei scheinen die Leistungen der Arbeitswilligen doch nicht zu genügen. Zieht er doch alle Register, um die Reihen der Ausständigen ins Wanken zu bringen. Nebenbei versuchen die Lademeister, Zollbeamte und sonstige Beamte ihr Glück, allerdings vergeblich, um Verräter aus den Reihen der Streikenden zu finden. In den meisten Fällen werden die Herren das Wiederkehren vergessen, denn die Frauen der Streikenden haben in den meisten Fällen ihnen keine schmeichelnde Antwort erteilt. Die Polizei geht in bekannter Schneidigkeit gegen die Streikenden vor. Kürzlich wurde der Angehörige des Staats- und Gemeindevorstandes, Genosse Monn, unter dem Verdacht der Meißelerei verhaftet. Nur dem Umstande, daß selbst die arbeitswilligen Zeugen erklärten, er sei nicht dabei gewesen, verdankt er seine Freilassung. Am Sonntagmorgen fand im Volkshaus eine Versammlung für die Frauen der Streikenden statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Referat hatten Fräulein Raschewski-Berlin und der Gauleiter Strunk übernommen. Die Referenten zeigten den anwesenden Frauen, daß es ihre Ehrenpflicht sei, ihre Männer in diesem schweren Kampfe wirksam zu unterstützen. Müssen sie und ihre Kinder doch in erster Linie unter den schlechten Löhnen leiden. Die Anwürfe und Beleidigungen, daß sie mit dem Lohne nicht wirtschaften können, fallen auf diejenigen zurück, die sie erheben. Die Herren mögen doch mal selbst versuchen, ob sie mit Löhnen von 2,90 bis 3,25 Mark eine Familie ernähren können. Auch der indifferente Frau werden die unerhörten Zumutungen des Stadtverordneten Habert, daß, falls der Lohn nicht zum Sattessen lange, sie und ihre Kinder mitarbeiten sollen, die Augen geöffnet haben. Darum läge es im besonderen Interesse der Frauen, für eine Verbesserung dieser Zustände mitzuwirken. — Die Referate wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen und nachdem eine Resolution, die den städtischen Körperchaften übermitteln werden soll, einstimmig gutgeheißen. In dieser Resolution bringen die Frauen der streikenden Hafnarbeiter zum Ausdruck, daß sie gleich ihren kämpfenden Männern der Ueberzeugung sind, daß der Kampf den Arbeitern durch die dauernden Ablehnungen ihrer berechtigten Forderungen aufgezungen wurde. Sie versprechen daher, ihre Männer in diesem um bessere Ernährung der Familie stehenden Kampfe in der weitgehendsten Weise zu unterstützen und alle Opfer mit diesem gemeinsam zu tragen. An die städtischen Behörden richten die versammelten Frauen die Forderung, den städtischen Arbeitern Löhne zu zahlen, damit diese mit ihren Familien ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Bundestag der technisch-industriellen Beamten. Der zehnte Bundestag der technisch-industriellen Beamten fand am Sonnabend und Sonntag in Berlin statt. Die Verhandlungen waren fast ganz im Gegensatz zu der ursprünglich in Aussicht genommenen reichhaltigen Tagesordnung, dem Falle Lüdemann gewidmet. Es handelt sich dabei um die Entlassung des früheren ersten Geschäftsführers des Bundes, Herrn Lüdemann, die nach den Angaben der einen Partei wegen der autokratischen Geschäftsführung Lüdemanns, nach der anderen Partei wegen einer Art Palastrevolution der Hilfssekretäre erfolgt sein soll. In die Verhandlungen wurde die Frage des Schutzes technischer Erfindungen der industriellen Angestellten einbezogen. Hierüber referierte Diplomingenieur Kortensbach. Es fand auch eine lebhaft debattierte über die von der Reichsregierung veröffentlichten Vorentwürfe zu den neuen Patentgesetzen statt. Allgemein wurde gefast, daß diese Entwürfe zwar die grundsätzlichen Forderungen der Angestellten prinzipiell anerkennen, dann aber durch Zulassung des vertraglichen Ausschusses der Erfindervergütung an den angefertigten Erfindern diese Anerkennung wieder zunichte machen, da die industriellen Firmen diesen Ausschluß zur Regel machen würden. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die Abänderung der

hörtigen Gewicht. Meine Mitarbeiter waren freundlich und gingen mir in allem zur Hand. Sie zeigten mir manche Kleinigkeiten, durch die ich mir das Schaffen viel leichter machte. Mich freute die Arbeit, besonders als mir einer den ganzen Zusammenhang erklärte. Am zweiten Tag fragten sie mich, ob ich organisiert sei. Ich sagte nein. Am Abend nahmen sie mich in eine Versammlung mit und ließen mich einreden. Ich war hoch, auf diese Weise selber etwas beizutragen, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Ueberall tat ich mir und teilte in keiner Versammlung. Aber eines begriff ich nicht: warum denn immer auf die italienischen Arbeiter geschimpft wurde. Hergott, das waren doch auch Menschen, die leben wollten, und zum Leben gehört doch in erster Linie Verdienst. Warum sollten sie den nicht bei uns suchen, wenn sie in ihrer Heimat nur ganz erbärmlich schlecht bezahlt wurden? Doch wenn ich damit herastrüde, hieß es immer: das vertritt du noch nicht. Dazu bist du noch zu jung.

Seit Wochen ging etwas vor in der Fabrik. Keine rechte Freude war mehr beim Schaffen. Alle Augenblicke redeten einige die Köpfe zusammen. Die Arbeit häuete sich. Große Ballen lagerten sich in den Regalisten; der König von England war geborben, und wir mußten ungeheure Mengen Schwermetalle nach England liefern. Eines Tages hingen große Plakate an der Mauer: Heute Abend Versammlung. Ich ging hin. Der Saal war bald überfüllt, viele bekamen keinen Platz mehr und warteten in den Gängen stehen. Der Geschäftsführer hielt eine Rede und sagte: Jetzt oder nie haben wir Gelegenheit unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Fabrikleitung hat ungeheure Aufträge, die sie zu einer bestimmten Zeit liefern muß. Daher ist sie genötigt, bedingungslos auf unsere Forderungen einzugehen. Das sind: Achtstündiger Arbeitstag statt zehnstündigen. — Kein Abzug vom Stundenlohn. — Keine Strafgelder mehr. — Uebertragung des Pensionsrechts. — Jährlicher Lohnzuschlag und zwar für alle Arbeiter. — Anständige Umkleikabinen. — Gelegenheit zum Essen-Räumen.

Diese Anträge wurden einstimmig angenommen und durch andere Vertreter an andere Tages der Direktion überbracht. Die ging nicht darauf ein. Um 10 Uhr hieß es: Streik! Alles liegen wir liegen, wo es lag und gingen hinaus, nur einige ganz alte Charakter blieben zurück. Mehrere Personalarbeiter wurden einberufen und ein Streikbureau eingerichtet. Das Tages wurde eingeschärft, ruhig und anständig zu sein. Des waren wir auch.

Als eine halbe die Fabrikleitung damit, daß sie ihre Anträge anderen Handwerkern paratete. Raum war das her, wir gingen zu den Arbeitern, weiterhin Streikarbeit zu leisten und traten in Arbeitsverweigerung. So war unsere

Direktion geliebert und mußte nachgeben. Doch setzte sie durch, daß das Prämiensystem beibehalten wurde.

Bei der Arbeitsaufnahme war ausbedungen worden, daß niemand des Streiks wegen gemahregelt werden dürfe. Aber nachher ging mancher gern von allein. Wer sich irgendwie hervorgetan hatte, bekam schlechtes Material geliefert und wurde so schikaniert, daß er lieber aufsteckte. Auch ich machte vier Wochen später Schluss.

Eine Zeitlang blieb ich zu Hause und half dem Vater im Garten oder besahle im Keller allerlei Sachen zusammen. Oft auch sah ich den ganzen Nachmittag über bei der Näherin in unserem Hause, die ein neues Lehnmädchen hatte, das mir gut gefiel. Erst als ein Geschwätz aufkam, wurde ich zurückhaltender. Die Mutter predigte mir immer, ich solle mich doch nicht so wegwerfen, ich sei gewiß noch eine andere wert. Aber die Kläre war mir einmal ins Herz gewachsen; wenn jemand über sie schalt, so sah ich nur Mißgunst dahinter.

Kläre hatte es daheim nicht schön. Der Vater, ein Grenz- aufseher, war sehr streng mit ihr und schlug sie oft mit dem Gemeßkolben. Einst hielt er mich und sagte, wenn ich nicht aufhöre, seinem Mädel nachzulaufen, würde er mich erschließen wie einen Hund. Ich gab ihm zurück, zum Erschließen gehören zwei. Da wurde er erst recht wild. Später ging ich wieder in eine Fabrik und hatte nur wenig Gelegenheit mehr, mit Kläre zusammenzukommen. Ich war froh, wenn ich abends noch auf einen Sprung zu ihr konnte, um ihr die Hand zu drücken. Wir verabredeten einmal, nichts miteinander in den Wald zu gehen. Ein Kamerad kam mit seiner Liebsten mit und schlug sich gleich ins Dunkel. Wir zwei setzten uns ins Moos und vergaßen alles. Fortwährend fragte ich, ob sie denn immer mein sein wolle, immer, und sie behüte sich und küßte mich und sagte: Ja. Ich war so froh und glücklich, als ich sie in den Armen hielt, daß ich an gar nichts weiter dachte. Als sie eingeschlafen war, da schaute ich zu, wie ihr Atem ging und horchte auch, wie ihr Herz klopfte. Manchmal küßte ich sie ganz verhalten, sie spürte es im Schlafe und sagte leise meinen Namen. Erst in der Morgensstunde kehrten wir heim. Niemand hatte etwas gemerkt.

Aber den da an wurde sie selbst gegen mich. Oft sagte sie am Abend zu mir: „Geh fort, ich will dich nicht mehr sehen, du!“ Und wenn ich nicht gleich ging, schimpfte sie mit den Händen und fing laut an zu weinen. Mir selber wurde manches zusetzen; auf dem Laubboden fragte mich eine Frau heraus, ob ich schon wisse, daß die Kläre mit dem Hantschi gehe. Ich dachte, ließ mir nichts anmerken und sagte nur: „Ja, ja! Aber es regte doch in mir. Anderen Tag stellte ich sie zur Rede. Sie meinte, ich solle Geiseln, sie lenne

keinen anderen Knaben als mich. Ich glaubte ihr aufs Wort und wurde wieder lustig wie vorher. Aber nicht lange. Bald darauf forderte ich ein Buch von ihr zurück, das ich ihr geliehen hatte und das ich selber wieder zurückgeben mußte. Als ich es noch einmal durchblättert, fand ich ein Briefblatt darin, das sie vergessen hatte, herauszunehmen. Darauf stand:

„Liebe Kläre! Sei so gut und komm am Samstag Abend um sieben Uhr an das Bahnhöfchen bei Treiße. Ich habe dir viel zu sagen. Mit Grüßen, mit Küßen. Der Hans.“

Also war es doch Wahrheit! Also kam sie doch heimlich mit diesem Hanschi zusammen! Mein Plan war bald gefast. Ich ging hin und versteckte mich in ein Kornfeld in der Nähe. Schon eine halbe Stunde vor der abgedenkten Zeit kam Hanschi; er war aufgepuzt und geschmiegelt wie ein Affe und rief sich in einem fort seinen angelaufenen Zwider. Bald kam auch Kläre. Raum zehn Schritte vom meinem Becken trafen sich beide. Als ich sehen mußte, wie sie sich abküßten, traktete ich mich in die Erde und mit dem Maul biß ich in Halme.

Ich hörte, wie Kläre sagte: „O du brauchst keine Angst zu haben, der ist so dumm, der merkt nichts!“ Als diese Worte zu mir kamen, zitterte ich an allen Gliedern, das Herz jagte, als wolle es mir die Brust sprengen, heißer Schweiß troß aus jeder Körperpore. Was die beiden weiterhin noch alles sprachen, weiß ich nicht. Ich sah nur, daß sie dann den Weg weiter gingen, weiter, in die Lehren hinein. Ich selber lag wie tot.

Als ich endlich aufstand und mir die Erdkruste von den Kleidern wuschte, dunkelte es. Unfähig zu denken, ging ich mit schweren Schritten heimwärts. Als ich in der Marienstraße an ihrem Haus vorbeikam, sah sie im Garten und strickte. Ich sagte kein gutes Abend, und schaute auf die andere Seite. Da sprang sie mir nach, hielt mich am Arme und sagte: „Ja was ist denn das, was fehlt dir?“

Wo bist du heute Abend gewesen?

Ich?

Im Dorf?

Ja, du!

Im Dorf war ich und hab für die Mutter eingekauft!

So, so. Eingekauft und beim Kornfeld bei Treiße hinten bist du nicht gewesen?

Was soll ich denn dort tun?

Nun, die Leute erzählen manches.

Aber das hätte ich doch nicht geglaubt, daß du auf die Leute gehst, du weißt doch, daß sie mich immer schlecht machen und uns zwei auseinander bringen wollen. Komm sei doch gut!

(Fortsetzung folgt.)

Gesellschaftliche Forderungen, daß an Stelle des Anmelde- rechts das Ernterecht trete und die Bundesmitglieder werden ersucht, keinen Dienstvertrag zu unterzeichnen, in dem sie auf das Recht auf ihre eigene Erfindung verzichten müssen. Der Fall Lüdemann wurde dann weiter beraten und drei Resolutionen angenommen, deren erste erklärt, daß der Bundestag eine Entlassung Lüdemanns, die nur auf die Geschäftsführung gestützt wäre, nicht angenommen haben würde, obgleich sie in bezug auf die Personenbehandlung nicht einwandfrei gewesen sei. (Aus diesem Beschluß ergibt sich, daß gewisse Anklagepunkte außerhalb des eigentlichen Geschäftsbetriebes für die Entlassung maßgebend gewesen sein müssen.) In der zweiten Resolution wird das Vorgehen der Hilfssekretäre mißbilligt und bedauert, daß sie ihr berechtigtes Streben auf Verbesserung ihrer Lage durch persönliche Momente haben in falsche Bahnen leiten lassen. Schließlich wurde mit einer Stimme Mehrheit der Antrag, dem Vorstand ein Mißtrauensvotum im Fall Lüdemann auszusprechen, abgelehnt. — Alle andern Punkte der Tagesordnung mußten abgelehnt werden.

Das Glend der Zigarrenarbeiter in Baden preßt den Christlichen, die gegenwärtig in Unterbaden eine Lohnbewegung führen, das Eingeständnis ab, daß uns hier ein Kulturbild entgegentritt, daß in seiner abstoßenden Häßlichkeit an die Lage der englischen Arbeiterschaft zur Zeit eines Karl Marx und Friedrich Engels erinnert. Von der christlichen Tabakarbeiterorganisation wurden Erhebungen über die Lohnverhältnisse in der Zigarren-Industrie Unterbadens veranstaltet, die das Resultat hatten, daß 368 verheiratete Zigarrenmacher einen durchschnittlichen Wochenlohn von 15,08 Mk. bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 53,6 Stunden erzielten, bei 115 ledigen Zigarrenmachern wurde ein durchschnittlicher Wochenverdienst von 13,76 Mk. bei 55 Stunden Arbeitszeit festgestellt, 64 ledige Wickelmacher verdienen durchschnittlich 9,59 Mk. pro Woche; verheiratete Tagelöhner kommen auf 16,06 Mk. und Sortierer auf 19,28 Mk. pro Woche. Die Löhne der Arbeiterinnen schwanken zwischen 12,87 und 9,35 Mk. Durchschnittslohn pro Woche. Ganz mit Recht wird im Anschluß an die Feststellungen des christlichen Tabakarbeiterverbandes über diese jammerwürdigen Lohnverhältnisse der Zigarrenarbeiter Unterbadens auf die unausbleiblichen Folgen hingewiesen: Unterernährung und schlechte Wohnungsverhältnisse, Lungenschwindsucht und Steigerung der Sterblichkeitsziffern weit über den Landesdurchschnitt, dazu stark über den Durchschnitt hinausgehende Säuglingssterblichkeit. — Was der christliche Verband festgestellt hat, ist nicht neu, es ist aus den Berichten der badischen Gewerbeinspektion schon lange bekannt. Die christlichen Führer haben trotzdem durch die Beschäftigung die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtern helfen.

Gefängnisstrafe für Streikende. In Nikolajew (Rußland) wurden alle Ausständigen der Schiffswerften auf Grund des zum ersten Male angewandten Gesetzes, das Ausstände, durch die Staatsaufträge verzögert werden, verurteilt, dem Strafrichter überwiesen. Obwohl der Arbeitsvertrag keine Klausel enthält, die dem Arbeiter das Risiko des Ausstandes mittelste, und die Verteidigung nachwies, daß der fünfjährige Ausstand keine wesentliche Verzögerung in der Ausführung der Staatsaufträge veranlaßt habe, verurteilte das Gericht 19 sogenannten Nadelsticker zu Gefängnisstrafen von einem halben bis zu einem Jahre!

Gewerkschaftliche Fortschritte in der Union. Der „American Federatist“, die Zeitschrift der „American Federation of Labor“, veröffentlicht, wie üblich, zum verflohenen Arbeiter-Festtage (Labor Day) Berichte über die Entwicklung der meisten, dem Bunde angehörenden gewerkschaftlichen Landesorganisationen. In vielen dieser Berichte treten exakte, ziffernmäßige Aufschlüsse über Mitgliederbewegung und erzielte Erfolge leider zugunsten festlich gehobener Allgemeinheiten stark zurück. Andere Verbände aber, darunter einige der größten, sind zum Glück in der Lage, Zahlen sprechen zu lassen. An der Spitze steht mit Zug die große, von tüchtigem Geiste besetzte Kohlenbergwerksgewerkschaft, die „United Mine Workers of America“. Dieser Verband hatte am 13. Februar 399 809 zahlende („gutstehende“) Mitglieder, wozu noch 13 149 von Beitragszahlung zeitweise befreite Verbändler kamen, so daß die gesamte Mitgliederzahl 412 959 betrug. Das bedeutet eine Zunahme um mehr als 100 000 seit dem gleichen Tage des Vorjahres. Der Bericht verzeichnet einen stetigen Aufschwung der Streikbewegung in den verschiedenen Anthracitkohlen-Staaten, in denen seit dem großen Kampfe des Jahres 1902 kein Fortschritt gemacht worden war. Die Erfolge der neuerlichen Bewegung, die weniger dramatisch, aber dafür um so wirksamer war, wenngleich sie von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen wurde, bestehen in zehnprozentiger Lohnerhöhung, Veröffentlichung der neuen Lohnsätze in allen Distrikten und Anerkennung der Organisation und ihrer erwählten Vertrauens-Körperchaften in den einzelnen Werken. Der heroische Kampf in West-Virginien ist noch nicht beendet; die Diktatur der Kohlenbarone und der Kriegsgewichte gehört aber dort bereits der Vergangenheit an, nicht zuletzt dank des Eingreifens des sozialistischen Landes-Partei-Vorstandes, der die Aufmerksamkeit des ganzen Landes auf die russischen Zustände in dem alten Sklavereistaat lenkte und den Bundes-Senat in Washington zur Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung zwang. West-Virginien ist übrigens mit 80 000 Bergarbeitern hinsichtlich der Kohlenförderung der zweitwichtigste Staat der Union. Außer in diesem südlichen Aufstand ist der Verband zurzeit noch in Colorado in Streiks verwickelt. Am 1. April laufen die geltenden Verträge in einem großen Teile der amerikanischen Minenfelder ab, weswegen die im nächsten Januar zusammen tretende „Konvention“ des Verbandes eine besondere Bedeutung beansprucht. Die „United Brotherhood of Carpenters“ (Bauschreiner) meldet eine Mitgliedschaft von 207 382 am 1. April dieses Jahres, gegen 186 382 am 1. April 1912. Zweihundert Lohnbewegungen wurden während des Jahres geführt, mit vereinzelten Ausnahmen sämtlich zu einem siegreichen Ende. In der größeren Zahl der Fälle werden örtliche Lohnstreitigkeiten in diesem Gewerbe jetzt schiedsgerichtlich geregelt. Ein völliger Zusammenschluß der rivalisierenden Bauschreiner-verbände Amerikas wird angekündigt. Die „United Garment Workers of America“ (Schneider) berichten über „das erfolgreichste Jahr seit 1891“, ohne aber die Mitgliederziffer mitzuteilen. Der Ausstand der 110 000 New Yorker Schneider im vorigen Jahre brachte vollen Erfolg, in Gestalt wesentlicher Arbeitszeit-Verzögerung, durchschnittlicher Lohnzulagen von 3 Dollar und Abschaffung des schmachwürdigen Zwangsmeister-Systems.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen. Die Orts-, Betriebs- und Innungsstellen in Stadt- und Landkreis Düsseldorf er- suchten gemeinsam im Frühjahr d. J. die Düsseldorf-Ver- zeiteorganisation um Mitteilung ihrer in Aussicht gestellten Forderungen. Die Ärzte lehnten das ab, da nach der be- kannten Leipziger Barole die Ende ds. J. ablaufenden Verträge erst kurz vor Jahreschluß gekündigt werden sollten. Weiter wurde den Kassen bekannt, daß die Düsseldorf-Ver- zeite bei der Vertragskündigung dann die bekannten un- erfüllbaren Forderungen des Leipziger Verbandes stellen wür-

den, die den Ruin der Kassen bedeuten. Die Kassen hatten keine Lust, sich kurz vor Vertragsablauf überrumpeln zu lassen und beschloßen die Anstellung beamteter Ärzte bei 8000 Mark garantierendem Jahreseinkommen. Die Bewer- bungen gingen so zahlreich ein, daß die Kassen ihren Be- darf reichlich decken und auch noch eine Auswahl hätten vornehmen können. Da zeigte sich plötzlich die Düsseldorf-Ver- zeiteorganisation zum Verhandeln bereit. Die vereinigten Kassen beschloßen mit Stimmenmehrheit, erst dann zur An- stellung beamteter Ärzte überzugehen, wenn das Verhand- lungsangebot der Ärzte zu seiner Einigung führen sollte. Es fanden nun in der Düsseldorf-Handelskammer unter Vorsitz ihrer Sekretäre langwierige Verhandlungen zwischen den Kassen und den Ärzten statt. Die Kassen lehnten die Leipziger Ärzteverbands-Forderungen entschieden ab, so daß die Ärzte diese schließlich fallen lassen mußten und nunmehr eine Erhöhung der Pauschalsätze um 35 Prozent bei den Ortskassen und um 40 Prozent bei den Betriebskassen forderten. Das mußten die Kassen, bei den für Düsseldorf ohnehin hohen Pauschalsätzen — gegenwärtig betragen sie bei den Ortskassen 5,46 Mk., bei den Betriebs- kassen bis zu 7,50 Mk. — ebenfalls ablehnen. Es wurde dann gefächelt bis herab auf 20 Prozent und 15 Proz. Er- höhung der Pauschalsätze. Da eine Einigung nicht zu er- zielen war, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Der Handelskammersekretär machte neue Einigungsversuche und endlich einigten sich Kassen und Ärzte auf einen fünfjährigen Vertrag, der für die ersten drei Jahre eine Erhöhung der jetzigen Pauschale um 15 Proz. und für die letzten beiden Vertragsjahre eine Erhöhung um weitere 5 Proz. vorsieht. Soweit die Ortskassen, die etwa 45 000 Mitglieder zählt, in Frage kommt, erhöht sich die Pauschale ab 1. Januar 1914 auf 6,28 Mk. und ab 1. Januar 1917 auf 6,55 Mk. Die Kasse erhöht dadurch eine Mehrbelastung von sofort 35 000 Mk. Soweit einzelne Kassen Familienversicherung haben, zahlen die Kassen den Ärzten eine Erhöhung der Pauschale um 10 Proz. Insgesamt wird die Belastung der Düssel- dorfer Krankenkassen durch den neuen Ärztevertrag etwa 100 000 Mk. betragen.

Zum Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen. Hinter dem drohenden Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen stehen u. a. Forderungen der letzteren, deren Anerken- nung eine wesentliche Mehrbelastung der Kassen im Gefolge haben würde. Es interessiert daher wohl die finanzielle Ent- wicklung der Kassen, vor allem das Verhältnis der Kosten für ärztliche Bemühungen zu den Gesamtausgaben. Es wurden von sämtlichen Krankenkassen für die aufgeführten Zwecke vorausgabt:

	1885	1907	1911
Ausgaben insgesamt	52 646 826	299 094 756	357 468 396
darunter Krankengeld	32 440 897	121 416 115	153 582 976
Ärztehonorar	12 528 435	63 325 782	83 754 224

Die Gesamtausgaben sind in der angegebenen Zeit auf das Siebenfache, die Ausgaben für das Krankengeld auf das Fünffache, die für ärztliche Bemühungen wieder auf das Siebenfache gestiegen. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich in derselben Zeit von 3,7 Millionen auf 13 Millionen, also nur auf das Dreieinhalbfache. Ein anschauliches Bild von der Entwicklung gibt noch die folgende Aufstellung:

	überhaupt	Ärztehonorar	Krankengeld
1885	14,12	3,36	8,70
1907	24,64	5,22	10,—
1911	28,82	6,15	11,28

Das Ärztehonorar pro Kassenmitglied ist seit 1885 um 2,79 Mk. gleich 83 Proz. gestiegen. Die Krankengeldbezüge stiegen nur um 2,58 Mk. gleich 29 Proz.

Konkurrenz. Obwohl 1912 eine Anzahl Industrien den Gipfel der Hochkonjunktur erklommen, das Baugewerbe allerdings arg darniederlag, weist das Jahr den Rekord an Konkursen auf. Deren Zahl stellt sich auf 12 094 gegen 11 031 im vorausgegangenen Jahr, und 10 783 im Jahre 1910. Das letzte Jahr zeichnet sich auch durch die höchste Zahl der wegen Mangels an Masse abgelehnten Konkursanträge aus. 1912 waren es 2885 gegen 2351 bezw. 2396 in den beiden Vorjahren. Seit 1875 sind im Deutschen Reich 169 152 Kon- kurse angemeldet worden. In 28 847 Fällen wurde die Er- öffnung abgelehnt, weil es selbst an der für eine ordnungs- mäßige Pleite erforderlichen Masse fehlte. Im Auf und Ab der Konkurse spiegeln sich die wirtschaftlichen Verhältnisse. Der größte Teil der Zusammenbrüche ist eine Folge un- genügender Kaufkraft der Arbeiterschaft.

Aus der Jugendbewegung.

Die Berliner Arbeiterjugend und der 18. Oktober. Am Sonntag nachmittag versammelte sich die Arbeiterjugend Groß-Berlins in Kiehm's Festsaal in Neukölln. In zwei großen unpolitischen Versammlungen sprachen die Abge- ordneten Karl Liebknecht und Heinrich Ströbel über den 18. Oktober des Jahres 1818. Dichtgedrängt standen die Jugendlichen in den beiden großen Sälen und lauschten ge- spannt dem Vortragenden. Mehrfach versuchten die an- wesenden Polizeibeamten die Versammlung für politisch zu erklären. Doch wurden sie durch das kräftige Eingreifen der Referenten von ihrem Vorhaben, die Versammlungen aufzulösen, abgebracht. Nach den Versammlungen gingen die Teilnehmer ruhig auseinander. Zusammenföge mit der Polizei sind nicht zu verzeichnen, obgleich die Jugendlichen in starken Zügen von ihren Treffpunkten aus zum Versammlungslokale marschiert waren.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Breslauer Sittenfand. In der Breslauer Sittlichkeitsangelegenheit wurde Montag vor der ersten Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichts- direktors Mundry gegen zehn Angeklagte wegen Vergehens gegen § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuches verhandelt. Es er- hielten Geschäftsführer Max Goldschmidt drei Jahre, Musiker Felix Kaiser und Schlosser Kurt Menzel je ein Jahr, Schneider Emil Kunz neun Monate, Ver- sicherungsbeamter Fritz Grollmuss, Birkenfabrikant Wiers- beky und Kaufmann Hugo Kuschelewsky je sechs Mo- nate und der Kaufmann Arthur Bender-Berlin sieben Monate Gefängnis. Der frühere Student Hans Wiedemann und der Zahnarzt Alfred Schimler wurden frei- gesprochen.

Schuß vor dem Schuhmann. Der Schuhmann B. Siet zu Dortmund hatte den Maurer Mohr angezeigt wegen Bedrohung und Beleidigung und hatte auch erzielt, daß der Angeklagte vom Schöffengericht zu zwei Wochen Gefängnis und 80 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Der Mann legte aber Berufung ein und nun wurde erst der wahre Sachverhalt festgestellt. Ein Bruder des Mohr wurde auf der Straße verhauen, Mohr hörte davon und eilte zur Hilfeleistung hinaus. Im selben Moment kommt auch der Schuhmann hinzu, der einen bissigen Hund mit sich führte. Damit nicht genug, daß dem Angeklagten von dem Hund Arme und Beine

zerbissen wurden, zog der Schuhmann auch gleich blank und hieb mit scharfer Klinge auf den Mann, daß ihm das Blut vom Kopfe und aus dem Rockärmel rann. Schwerverletzt und bewußtlos sank der Mißhandelte zusammen; an den Verletzungen hat er drei Wochen lang krank gelegen. Der Schuhmann aber be- folgte die so beliebte Praxis und erstattete mit Erfolg An- zeige. Die Berufungskammer hob nach diesen Feststel- lungen das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung u. a. Die Frau des Mißhandelten befandete weinend, daß ihr Mann derart mit dem Säbel bearbeitet worden sei, daß sie geglaubt habe, er sei tot. — Der Mißhandelte ist frei- gesprochen, aber was wird nun aus dem Schuhmann?

Aus Nah und Fern.

Opfer seines Berufes. Eine Berliner Filmfirma, die einen Automobilunfall aufnehmen wollte, hatte zu diesem Zwecke zwischen Schildhorn und Bichelswerder ein altes Automobil mit mehreren Puppen besetzt. Man wollte es dort die steil abfallende Chaussee hinunterlaufen lassen; unten angekommen, sollte es sich überschlagen und in den See stürzen. Das Automobil sauste programmäßig den Berg hinab, während unten ein Operateur dicht neben der Chaussee den Vorgang filmte. Der Wagen überschlug sich entgegen dem Programm am Wasser nicht, sondern wurde von der Chaussee abgelenkt und überannte den Operateur.

Eine Löwenjagd in den Straßen Leipzigs. In der Nacht zum 20. Oktober fuhr in der Blücherstraße zu Leipzig ein Wagen der Elektrischen Straßenbahn auf einem nach dem Bahnhof fahrenden Tierwagen des Zirkus Barnum, wobei der Tierwagen zertrümmert wurde und acht Löwen ent- wichen. Unter dem zahlreichen Publikum entstand eine furchtbare Panik. Ein Löwe sprang durch die Tür des Hotels „Blücher“, rannte hierauf die Hotelterrasse hinauf und setzte alles in Schrecken. Ein Gast des Hotels, ein Franzose, der bereits schlief, hörte an der Tür ein hartes Krachen und sah, als er öffnete, den Löwen. Noch schlaf- trunken, hielt er das Tier zunächst für ein Kalb, bis er ihm zu seinem Schrecken den Löwen erkannte. Auch eine Dame, die gerade ihre Schuhe vor die Tür setzte, wurde durch des Erscheinen des Tieres in furchtbaren Schrecken veretzt. Schließlich geriet das ganze Stadtviertel in Aufregung. Durch die Zurufe und Angstschreie der Menschen dröhnte das Getöse der planlos umherirrenden Löwen. Schnell wurde die Feuer- wehr geholt, die mit Hilfe von Polizeimannschaften und der Angestellten vom Zirkus eine regelrechte Jagd auf die wilden Tiere veranstalteten. Ein Löwe überfiel das Geschirr einer Möbeltransportfirma und brachte mehreren Pferden gefähr- liche Bißwunden. Inzwischen verlor man die in ein Hotel eingedrungenen Löwen und jagte sie bis zum Boden, wo sie eingekerkert wurden. Auf die Löwen wurden ungefähr 150 Schüsse abgegeben. Eine Dompfseife verfuhrte vergeblich, die Tiere zu reiten und das Totschließen zu verhindern. Ein anderes Tier bedrohte einen Straßenbahnwagen. Die Passa- giere drängten in das Wageninnere, wo sie sahen, daß das Tier sich auf eine Droschke stürzte. Der Kutscher hieb ver- zweifelt um sich, worauf das wütende Tier von dem Pferde abließ und floh. Der ganze Vorgang wurde dadurch hervor- gerufen, daß der Wagen des Zirkus zu nahe am Straßenbahn- geleise stand und der Führer des letzteren wegen des herrschen- den Nebels den Menageriewagen nicht sah. Es wird noch gemeldet, daß ein Tier auf einen Autobus kletterte, wieder heruntersprang und wieder auf einen Omnibus sprang, wo es schließlich dann heruntergeschossen wurde. Sechs Löwen wurden erschossen und zwei wieder eingekerkert. Der Schaden soll ungefähr 80 000 Mk. bis 90 000 Mark betragen. Menschen wurden nicht verletzt.

Auf Grund geraten. Auf dem Starnberger See geriet infolge dichten Nebels der Personendampfer „Luitpold“ mit etwa 400 Personen an Grund. Nach einer halben Stunde gelang es dem Dampfer abzukommen. Der Dampfer, der das Steuer verloren hat, treibt auf dem See. An den Dampfer mit Hilfschiffen heranzukommen, war infolge des dichten Nebels unmöglich. Der Dampfer mußte während der Nacht seinem Schicksal überlassen bleiben. Der Passa- giere hatte sich eine große Aufregung bemächtigt; sie wurden schließlich in Leonie ausgeliefert und mußten in der Finsternis und im Nebel den zweifelhafte Weg um den See nach Starnberg zu Fuß zurücklegen.

Enthaltensatzungen. In der westfälischen Kreis- stadt Soest erhalten die städtischen Arbeiter Löhne von beneidenswerter Höhe: im Sommer 2 Mk., im Win- ter 1,80 Mk. pro Tag. Doch Soest tut noch mehr, es zahlt diesen gutbezahlten Arbeitern eine Zulage von 20 Pfennig, doch nicht allen, sondern denjenigen, die es über sich gewinnen, bei den Niefenlöhnen a l k o h o l i s c h e G e - tränke zu meiden! Damit aber ja keiner sich erdreistet, die 20 Pf. zu „unrecht“ zu erheben, hat der Ma- gistrat von Soest folgendes verfügt: „Der Magistrat hat beschloßen, künftig die Enthaltensatzung zu erlassen von 20 Pf. für den Arbeitstag nur denjenigen städti- schen Arbeitern zu zahlen, welche tatsächlich die a l k o - h o l i s c h e n G e t r ä n k e v ö l l i g m e i d e n. Es wird ihnen anheimgestellt, diesen Nachweis durch eine Beschei- nigung eines Enthaltensatz-Bereins (Blau-Kreuzverein) zu erbringen. Wird diese Bescheinigung nicht beigebracht und dem Unterzeichneten vorgelegt, so fällt die Enthaltensatz- zulage vom . . . ab fort.“ — Wir haben gewiß nichts dagegen, wenn sich die Stadtverwaltung dafür interessiert, daß die Arbeiter den Alkohol meiden. Aber es ist ein starkes Stück, daß den Arbeitern zugemutet wird, sich freiwillig unter die Kontrolle eines m u d e r i s c h e n B l a u - K r e u z - v e r e i n s z u s t e l l e n. Zudem brauchen die Arbeiter L o h n e r h ö h u n g und keine Enthaltensatz- zulage. Die leitenden Beamten von Soest haben Leue- rungszulagen erhalten und keine Enthaltensatzzulage. Sie gehören auch wohl zu denen, die das Trinken bekämpfen — bei anderen Leuten.

Schafschäfer Mörder. Die Voruntersuchung gegen den Artisten Hopf, der sich seit April d. J. wegen sechsfachen Giftmordes in Frankfurt a. M. in Untersuchungshaft befindet, ist jetzt abgeschlossen. Die Untersuchung der sechs ausgegrabenen Leichen ergab, daß alle starke Quan- titäten von Arsenik enthielten.

Flieger tot. Infolge einer Motor-Explosion stürzte bei Espinal ein Flieger-Korporal aus 500 Meter Höhe in die Wäfel. Der Flieger wurde bestmungslos an Land gebracht, wo er starb.

Folge des dichten Nebels am Sonntag morgen kam der Chaussee Steffen, der das Automobil eines Fa- briksbesizers aus Fürstenwalde steuerte, in der Nähe von Rudow durch einen Unfall ums Leben.

Bei einem Feuer in einem Geduloidlager in Berlin wurden mehrere Personen verlegt.

Liebesdrama. In Lühing am Starnberger See wurden die Leichen eines Liebespaares, des 21- jährigen Malers Alfred Wasmuth aus Frankfurt a. M. und der ebenfalls aus Frankfurt stammenden Kaffeeerin Auguste Herr, aufgefunden. Die jungen Leute, die sich erschossen haben, haben auf Karten den Wunsch hinterlassen, in Offen- bach a. M. beigesetzt zu werden.

Eisenbahnunglück. Sonntag nachmittag entgleiste auf der Strecke Hagen-Dortmund in der Bahnhofsvorhalle der um 2 Uhr 52 Min. von Hagen abfahrende Gitzung 158 aus bisher unbekannter Ursache. Die Maschine und der Gepäckwagen fielen um, ein Personenwagen grub sich in die Erde. Der Lokomotivführer ist schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht worden. Der Heizer ist getötet worden. Mehrere Reisende und der Zugführer sind leicht verletzt. Die Aufräumungsarbeiten werden fortgesetzt.

Verhaftung eines Millionärs wegen Mordverdachts. Paris hat eine neue Sensation. Der millionenreiche Waffenhändler Warnier, der auf dem Boulevard Bonnes Nouvelles wohnt, ist unter dem Verdacht des Gattenmordes verhaftet worden. Seit April dieses Jahres ist Warnier Witwer. Noch zu Lebzeiten seiner Frau hatte er ein Liebesverhältnis mit der eleganten Schauspielerin Soutourna. Warnier lebte ein Jahr lang ganz verträglich mit seiner Frau und seiner Geliebten. Er richtete seiner Geliebten eine Wohnung dicht neben seinem Geschäft ein, führte sie in sein Haus ein und stellte sie seiner Frau vor. Schließlich merkte die Gattin den Betrug, und es gab einen Monat hindurch unangenehme Szenen. Am 2. April waren einige Bekannte bei Warnier und seiner Frau zu Gast. Nach dem Diner ging man in den Waffenladen. Warnier hantierte mit einem Revolver; plötzlich fiel ein Schuß und Frau Warnier sank tödlich getroffen zu Boden. Alle Welt war sich einig, daß hier ein bedauerlicher Zufall und eine fahrlässige Tötung vorlag, und der Gatte, der sich äußerst verzweifelt gebärdete, wurde deshalb von den Gerichten nicht weiter belästigt. Nun meldete sich Frau Soutourna auf einem Polizeibureau und klagte ihren Geliebten des Mordes an seiner Frau an. Er habe aus Liebe zu ihr seine Frau vorzüglich erschossen. Frau Soutourna führte angeblich einige zwingende Beweise für ihre Aussage an. Warnier soll seiner Geliebten auch eingestanden haben, daß er seine Frau absichtlich getötet habe. Warnier wurde daraufhin unter dem Verdacht des Mordes verhaftet und ins Gefängnis abgeführt. Man steht den Angaben der Frau Soutourna zum Teil skeptisch gegenüber und glaubt, daß ein Racheakt vorliegt. Warnier hatte bald nach dem Tode seiner Frau mit seiner Geliebten gebrochen, und diese hat später häufig erfolglos versucht, Geld von ihrem früheren Geliebten zu erhalten.

Einen bestialischen Raubmord verübten in Sniatyn in Galizien die beiden Brüder Rawluk, von denen der eine schon zuhause, der andere zwölf Jahre alt ist. Sie überfielen den Schüler der fünften Gymnasialklasse Eugen Tomaszczuk, rissen ihm die Kleider vom Leib, zogen ihm die Schuhe aus und banden ihm die Hände auf den Rücken. Dann steckten sie ihm einen Pflock in den Mund, und trieben den Pflock so tief in den Mund, daß er am Genick wieder hervortrat. Durch Schläge auf den Hinterkopf ließen sie den Kopf des Unglücklichen förmlich in die Erde. Der Tod des bedauernswerten Kindes trat erst nach einigen Minuten ein. Die jungen Mörder raubten dann ihrem Opfer die geringe Barfschaft und ließen den Toten liegen. Kurz darauf wurden sie verhaftet.

Neue Grubenzapfen in Südwales. Noch ist das Feuer in der Universalgrube bei Cardiff nicht gelöscht, und schon kommt aus Südwales eine neue Unglücksbotschaft. Diesmal fand in der Glynegrubbe bei Llanelli eine Explosion statt. Neun Bergleute wurden schwer verletzt; im ganzen haben etwa 150 Mann Verletzungen davongetragen. — Es scheint jetzt Aussicht zu bestehen, daß man bald etwas Näheres über das Schicksal der in der brandenden Universalgrube bei Cardiff eingeschlossenen Bergleute erfährt. Die Bekämpfung des Feuers macht Fortschritte. Obgleich die Gefahr für die Rettungskolonnen noch sehr groß ist, drangen gestern zwei Mann bis zu den Herdstellen vor. Sie mußten aber schleunigst wieder umkehren, da plötzlich starke Rauchwolken aus den Ställen hervorbrachen. Alle Arbeiter werden jetzt auf die Lösung des Brandes konzentriert. Auf der Südseite der Ställe wurden zahlreiche Kadaver von Pferden und vier Leichen von Bergleuten geborgen.

Schrecklicher Tod. Die Schauspielerin Adriana Costamagna in Turin wurde während einer Kilmamaufnahme der Szene mit vier Leoparden von einer Bestie zerfleischt.

Ein 81-jähriger Gauner. Der Gerichtsvollzieher Faust in Herrnhut, der 40 Jahre am dortigen Amtsgericht tätig war, hat 100 000 Mark Münzgelber unter der Hand. Der 81-jährige Defraudant wurde in das Untersuchungsgefängnis nach Baugen gebracht.

Eisenbahnunglück in Texas. Nach einem Telegramm aus Meridian in Texas ist ein Zug, in dem sich eine Artillerieabteilung befand, auf der Fahrt nach Meridian infolge eines Sturzes einer Holzbrücke in die Tiefe gestürzt. 20 Soldaten sind getötet und etwa 100 verwundet worden.

Opfer der Pest in Rußland. Aus Nowosibirsk ist im Danischen Konsulatsgebiet wird gemeldet: In dem Vorort Nowopetrowsk ist eine Pestepidemie ausgebrochen; bisher sind 11 Todesopfer zu verzeichnen. Der Vorort ist abgeperrt, die Lage ist ernst.

Überschwemmungen auf Malta. Das schlimmste Unwetter, das Malta seit einem Menschenalter erlebt hat, ist am Donnerstag ausgebrochen und hat die gesamte Einwohnerchaft der Insel in Schrecken gesetzt. Sieben Stunden fiel ununterbrochen ein wolkenbruchartiger Regen, es donnerte und blühte, aber ein Verlust an Menschenleben war nicht zu beklagen. Der Sachschaden ist jedoch bedeutend, und viele Straßen der Hauptstadt sind nicht mehr wiederzuerkennen. In großen Strömen läuft das Wasser durch die Straßen. Alle Geschäfte sind geschlossen, Straßenbahnen und der übrige Fuhrwerksverkehr sind zum Stillstand gebracht und die ganze Stadt ist wie ausgetorben. Verschiedene Dörfer sind vollständig unter Wasser gesetzt und die Einwohner selbst sind gezwungen, in ihren Häusern zu bleiben. Tausende von Berienen, die in dem Hafen von Valletta von dem Sturm überrascht wurden, haben sich unter großen Gefahren durch reguläre Gleise hindurch ihren Weg zu ihren Wohnungen bahnen müssen. Nach den Messungen betrug der Regenfall in dieser Zeit 30 Zentimeter, also über die Hälfte des jährlichen Regensalles auf Malta. Der Telegraphen- und Telephondienst ist fast vollständig unterbrochen, so daß nur spärlich Nachrichten über den Zustand in anderen Teilen der Insel einlaufen. Nach einigen Meldungen wurden verschiedene Häuser vom Blitz getroffen wobei einige von diesen einflürzten. Lebendes Vieh wurde in großen Mengen fortgeschwemmt und ertrank.

Genossenschaftsbewegung.

Arzt und Konsumverein. Es ist sicher nicht Ueberhebung, wenn die Konsumvereine auf ihre Einrichtungen mit Zufriedenheit und Genugtuung hinweisen. Erfüllte Pflicht darf mit sich zufrieden sein, besonders dann, wenn von der Pflichterfüllung große Massen von Menschen unmittelbaren Nutzen haben, wie es bei der Arbeit unserer Konsumvereine der Fall ist. Als die Konsumvereine in die Eigenproduktion eintraten, konnte es sich nur darum handeln, etwas zu schaffen, das dem Bestehenden überlegen war. Der neue Wein in alten Schläuchen hätte keinem Menschen gemundet. Der Zwang für den organisierten Konsum, sich der Eigenproduktion zu bedienen, kam und kommt von der Mangelhaftigkeit der vorhandenen Verhältnisse. Die Brotherrstellung durch die Konsumvereine ist notwendig wegen der Unzulänglichkeit der bis dahin angewendeten Methoden in der Broterzeugung. Dieser Umstand bewirkt in viel größerem Maße die Anwendung technisch hochentwickelter Maschinen in konjungenossenschaftlichen Bäckereien, als etwa die Aufgabe, dem Massenkonsum mit der Massenherstellung durch Maschinenbetrieb zu begegnen. Die Mangelhaftigkeit der bisher üblichen Art der Brotherrstellung drückt sich besonders in ihrer gesundheitlichen Beschaffenheit aus. Hier erwuchs der konjungenossenschaftlichen Eigenproduktion die größte ihrer Aufgaben. Sie erfüllt zu haben, ist ihr und der Technik gleichermaßen als Verdienst zu buchen. Der Ueberholte und Zurückgebliebene allerdings sträubt sich, das Neue als dem Alten überlegen anzuerkennen. Unsere kleinen Bäckermeister, noch ganz befangen in den Vorstellungen des zünftlerischen Kleinhandwerks, sehen scheel auf die leistungsfähigeren, und vor allem, gesundheitlich so sehr überlegenen Großbetriebe der Konsumvereine. Der sachlich Urteilende sieht allerdings die genossenschaftliche Brotherrstellung wesentlich anders an. In Nürnberg hielt kürzlich Herr Bezirksarzt Dr. Merkel einen Vortrag über „Allgemeine Gewerbehygiene“, in welchem er u. a. ausführte:

Ein äußerst wichtiger Punkt für die Gesundheit des Arbeiters ist die Frage der Ernährung. Die Herstellung der Lebensmittel, die Beachtung der Gesundheitsgesetze bei dieser Herstellung und schließlich die Preisfrage des einzelnen Produkts sind für die Ernährung von höchster Wichtigkeit. Auch hier ist es der Konsumverein, der Mustergerichtiges leistet. Seine Fabrikationseinrichtungen, namentlich die Bäckerei, sind untadelhaft und vorbildlich. Diesem Urteil gegenüber richten sich die Schimpfereien von selbst, die unlangt noch im preussischen Abgeordnetenhaus die Freunde der Bäckermeister, wohlwollend unterstützt von dem Arzte Dr. Mugdan, vom Stapel ließen! Neben der Wertschätzung der konjungenossenschaftlichen Eigenproduktion durch die Verbraucher ist das Urteil der Gewerbehygieniker über die Leistung der Konsumentenorganisation von großer Wichtigkeit.

Standesamtliche Nachrichten

vom 12. bis 18. Oktober 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

5. Oktober. Arbeiter G. F. F. Benecke. 7. Arbeiter F. W. K. Braune. 9. Geschäftsführer R. W. H. F. Heidolph. 10. Fuhrmann F. J. C. Fathel. Maurer J. M. F. H. Köpcke. 11. Hafenarbeiter H. W. C. Wöhler. Schiffskapitän C. F. Hansen. 12. Arbeiter G. F. Spahrman. Steinbrucker J. W. G. Raehler. Kaufmann F. D. Schwedt. 13. Arbeiter F. G. L. Scherer.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).
7. Maurer J. H. C. Möller. Maurer H. F. J. H. Horn. 8. Rutscher J. D. P. Koop. 10. Kaufmann A. A. C. Casper. Telegraphenarbeiter A. L. Burmeister. Eisenbahn-Wagen-schleiber J. W. M. Brinkmann. Steinmetz C. Söllner. 12. Träger J. C. C. Roth.

Ungeordnete Aufgebote.

18. Oktober. Kaufmann F. O. Meyer in Kiel und J. C. A. Dellefen. Postassistent H. W. H. Schoer in Hamburg und C. J. M. R. Bohmann. Arbeiter J. F. W. Lange und A. W. Klöhn. Schneider G. Steinfeld in Drage und A. F. K. H. Möller. 14. Ingenieur W. L. F. Bug in Kiel und J. F. J. Babert. Freier A. F. Möller in Rendsburg und L. S. L. Schreyer gen. Bohnhoff. Kaufmann G. N. Schulz und A. A. L. Berg geb. Arendt. Gipsfigurenmacher A. N. G. Betti und J. F. W. Meyer. Obergärtner D. A. H. Riebenau in Harburg und W. M. G. Kiehn in Volkmoor. 15. Fischer P. G. J. Dollert und M. A. C. Braack in Dakendorf. Kornträger G. H. Karsten und D. S. M. Ahrenhold. Handelsmann F. Gaebel gen. Goebel und D. W. Suhl. Zimmermann P. H. Lötting und J. L. Gamm. Buchbinder J. R. Stender und M. R. F. Krohn. 16. Privatmann G. F. K. Eisenberg und W. C. H. Schröder geb. Gatzom. Arbeiter J. C. C. Wittfoth und M. G. C. Ehlers in Behlendorf. Bautechniker O. F. F. Peterjen und M. A. Hagemann in Obenstrohe. 17. Fabrikarbeiter F. A. Rook und M. W. D. Thimm in Wulfsdorf. Schiffsoffizier H. W. U. Schimow in Hamburg und M. S. Carstensen. Kaufmann A. N. Kranz in Kiel und A. C. Gofch. Geschäftsführer J. L. R. Wilde und C. S. Kemper in Köln. Rutscher J. G. Majewitz und H. F. F. Kuchel. Malergeselle F. J. C. M. Oloff und M. H. A. Frähmcke. 18. Steinmetz G. S. Peter in Rombeaux Voland a Remont in Nord-Frankreich und C. J. C. Härtel.

Eheschließungen.

14. Oktober. Arbeiter G. R. W. Henschen und B. J. C. Boden. Kaufmann F. H. H. Benthien und M. M. K. A. Mellmann. Kellner K. W. Gläser und G. M. D. Schnabel geb. Heine. Viehkommissionär R. Rasmussen und A. K. M. J. Jabs. Diplom-Ingenieur H. H. Matke in Altona und J. C. R. Wichmann in Melmsungen. 16. Bureaugehilfe W. F. G. Warnecke und D. R. R. Schulz in Neustadt i. S. Fuhrwerksbesitzer J. R. Götman und M. H. Denter. Bäcker J. H. L. Heinemeyer und A. F. B. H. Hinte in Malschin. 17. Telegraphenarbeiter J. F. W. Wildhagen und A. W. M. Derwig. 18. Arbeiter W. L. M. R. Jaceer und A. S. Vogeler. Rutscher K. F. W. Meyer und M. K. C. Koop. Schriftföhrer O. K. H. Leudt und G. M. K. Schlectert. Lokomotivführer W. H. C. Benett und M. K. S. Köpcke in Niederbailau. Arbeiter F. F. L. Prahl und M. K. W. Möller. Arbeiter G. H. F. Doritmann und R. M. J. Meier. Schriftföhrer K. Th. V. Jrk und G. R. M. Fuhrmann. Schlossermeister R. W. O. Ruge und G. R. M. C. Ehler. Heizer R. V. Böhmig und G. K. L. M. Fischer. Arbeiter H. A. M. Wiggers und G. F. J. D. Küllter geb. Sch. Maschinenist O. H. S. Dampf und A. M. Hing. Tischlermeister G. K. A. Menz und W. K. J. Doh in Groß-Flotow. Lagerarbeiter R. D. J. F. Riez und J. S. M. Harms. Schlossermeister A. F. H. Meister und G. L. S. D. Blohm. Tischlermeister G. H. W. Dürkop und D. A. C. Kröger. Zimmermann G. K. W. de la Torre und F. C. S. Vannom. Butterhändler G. H. Philipp und F. M. Meyer. Arbeiter W. F. S. Spethmann und D. C. F. Stave in Groß-Parin. Lagermeister W. G. Green und M. M. L. Köhl. Arbeiter J. V. C. Thiele und D. A. M. Schuppenhauer. Schriftföhrer K. M. R. Müller und H. J. Mattien.

Sterbefälle.

10. Oktober. Haushälterin L. D. A. Warnecke, 37 J. 11. Ingenieur und Betriebschef A. G. Käferstein, 74 J. W. geb. Remmerit, Ehefrau des Arbeiters J. F. C. Wehrers, 58 J. 12. Ein toter. Mädchen, B.: Geschäftsföhrer J. W. H. Ritter. J. G. B. Klugmann. 7 Mt. Seemann J. Laiho, 27 J. 13. F. L. S. geb. Witte, Ehefrau des Töpfermeisters G. F. W. Vogt, 55 J. M. B. S. C. Nickels, 76 J. B. M. R. Löbding, 6 Mt. Dachdeckermeister F. C. J. Diercks, 57 J. Schneider J. F. C. Duante, 76 J. M. C. D. geb. Glaberau, Witwe des Bierhändlers J. D. H. Sturm, 82 J. L. C. S. geb. Behrens, Ehefrau des früheren Klempnermeisters J. C. G. Vuhmann, 77 J. M. M. C. geb. Eggert, Ehefrau des Arbeiters G. F. D. Dürkop, 48 J. 14. Arbeiter G. Chr. L. Stricker, 62 J. Gefunden in der Trave eine unbekannte männliche Leiche, ca. 20 J. 15. Chr. M. D. Köhler, 88 J. Pastor emeritus A. J. Arndt, 65 J. Arbeiter A. F. J. Sternberg, 88 J. Kellner G. J. F. Dethlof, 21 J. 16. Barbier F. J. F. Maier, 74 J. D. geb. Freese, Ehefrau des Arbeiters G. F. Kröger gen. Zach, 59 J. M. M. W. geb. Udenstedt, Witwe des Gerichtsschreibers J. J. Jacobs, 44 J. 17. F. D. M. geb. Vannom, Witwe des Tischlers J. H. W. Meyer, 60 J. C. G. geb. Iwe, Witwe des Chr. J. W. Sternberg, 65 J. 18. J. D. W. geb. Ehlers, Ehefrau des Töpfers J. W. Worman, 54 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: I. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12
Detail-Verkauf a. d. Diele. (7466)
la. Schweizerkäse } 70 Pfg.
Hall. Rahmkäse }
Tilsiter Vollfettkäse 50-70 Pfg.
la. Limburgerkäse 40 Pfg.

Angler!
Maden hat täglich
Fritz Groth, Fleischhauerstraße 79.

Beerdigungsinstitut Gehr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Übernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstätten, Metall-, Perl- u. Blatkränzen.
Einkleidungen jeder Art. Billigste Preise.

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art
in bester Qualität.

Bebel-Postkarten
sind wieder vorrätig.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Visiten-Karten
empfehl die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1914
ist jetzt erschienen und seines reichhaltigen
Inhalts wegen jedem unserer Leser zu
empfehlen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.
Unsere Kolporteurs führen diese Kalender bei sich und
können von ihnen bezogen werden.

Kränze
Buketts u. Girlanden
6055) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und
Dornestraße 16 a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gesandt werden können.
Koffer etc. im Lagerhaus u. Spedi-
tionsgeschäft Fischerstr. 52. (184)

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickenstr. 44
empfehl alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen**
übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (185)

Leere Farbetonnen
(Eisenblech)
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten“